

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Bräunerstr. 4/1, mit durch den Postboten zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2,50, von Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2,50, von ins Haus M. 2,95, wo keine Post am Orte M. 3,24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die einseitige Colonnette über deren Raum 30 Pf. Auswärtige Inserate 40 Pf. Doppelseite unter Zugl. 1 Bl. Inserate für Arbeitsmarkt 15 Pf. Auswärtige 20 Pf. Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Samstag 1 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 95.

Breslau, Mittwoch, den 24. April 1912.

23. Jahrgang.

Aufruf zur Maiseier!

Parteiengenossen! Nur eine kurze Frist trennt uns noch vom 1. Mai, dem Weltfeiertag der Arbeit. Von den Vertretern des Klassenbewußten Proletariats aller Kulturstaaten wurde im Jahre 1889 zu Paris beschlossen, daß am 1. Mai eines jeden Jahres in allen Ländern, wo Klassenbewußte Arbeiter wohnen, die gleichen Arbeiterkämpferforderungen erhoben und der Achtstundentag gefordert werden sollen. Von Jahr zu Jahr haben sich die Matdemonstrationen wichtiger gestaltet. Sie haben die Herrschenden aufzerrt und auf den Weg der Sozialreform gedrängt, die — so unzulänglich sie auch ist — in den letzten Jahren fast völlig zum Stillstand gekommen ist. Ja, man hat den Arbeitern in der Arbeiterversicherung Rechte genommen, die sie jahrzehntlang besaßen und zum Wohle der Versicherten ausgeübt haben. Die Witwen und Waisen der Arbeiter hat man verhöhnt durch den Bruch feierlich gegebener Versprechungen.

Die Forderung nach wirklicher Koalitionsfreiheit wurde beantwortet mit der Drohung weiterer Einschränkung bürgerlicher Rechte.

Immer ernster und nachdrücklicher müssen deshalb unsere Forderungen erhoben werden.

Die Bedeutung der Maiseier ist im Laufe der Jahre immer größer geworden. Sie hat angefaßt des immer ungestümer und gemeingefährlicher sich entwickelnden Imperialismus sich auch zu einer weltumspannenden Demonstration des Proletariats für den Weltfrieden gestaltet.

Einmütig, wie die Klassenbewußte Arbeiterschaft ihre Kämpferforderungen aufstellt, erhebt sie am 1. Mai auch Protest gegen das Wehrtrüsten, das am Marke der Völker zehrt und den Frieden immer mehr bedroht.

Zu derselben Zeit, in der der Kampf der deutschen Bergarbeiter durch christlich-nationalen Verrat, durch Polizei, Gendarmen und Soldaten erdrückt worden ist, arbeiteten die Verbündeten Regierungen die Vorlagen aus, die vom Reichstag noch mehr Soldaten und Kriegsschiffe fordern.

Nicht allein, daß solche Forderungen das Volk von neuem belasten müssen — mehr bedeuten sie: sie veranlassen unsere Nachbarländer gleichfalls zu weiteren Rüstungen und steigern dadurch die Kriegsgefahr ins Ungemessene.

Deshalb muß gerade in diesem Jahre das deutsche Proletariat am 1. Mai besonders laut und eindrucksvoll seine Stimme erheben gegen den verbrecherischen Rüstungswahnsinn, es muß mit den Arbeitern aller anderen Länder einmütig demonstrieren für den Weltfrieden.

Parteiengenossen und Parteigenossen! Am 12. Januar d. J. haben 4 1/2 Millionen mehr als 25 Jahre alte Männer für die Sozialdemokratie ihre Stimme abgegeben. Millionen jüngerer Arbeiter und Millionen Arbeiterinnen, die nicht wahlberechtigt sind, haben nicht mitgezählt werden können — am 1. Mai können auch sie ihre Stimme erheben.

Tut alle eure Pflicht! Die würdigste Form der Maiseier ist die Arbeitsruhe. Wo die Möglichkeit derselben nicht gegeben ist, da müssen die Abendversammlungen besucht werden.

Sorgt dafür, daß es vielmillionenstimmig am 1. Mai den herrschenden Klassen in die Ohren gellt:

- Wir fordern den Achtstundentag!
- Wir fordern besseren Arbeiterschutz!
- Wir fordern uneingeschränktes Koalitionsrecht!
- Wir protestieren gegen das Wehrtrüsten!
- Nieber mit den neuen Militär- und Marine-Vorlagen!
- Hoch der Sozialismus! Hoch der Weltfrieden!

Berlin, den 22. April 1912.

Der Vorstand
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Große Woche!

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:
Eine Woche großer Tage hat im Reichstag begonnen. Tage, die dem deutschen Volk neue schwere Lasten und dem Weltfrieden neue Gefahren bringen werden. Die Wehr- und Deckungsvorlagen erleben ihre erste Lesung. Man weiß heute schon, daß über den ersten Teil des Westes Schwierigkeiten nicht entstehen werden: über die

Vermehrung des Heeres und der Flotte sind sich die bürgerlichen Parteien samt und sonders einig. Die Meinungsverschiedenheiten werden erst nach näherer Prüfung der Deckungsmöglichkeiten entstehen, nachdem die Regierung hier dem Zentrum und der Rechten den Willen getan und den widerspenstigen Herrn Wermuth ausgesetzt hat. Der Angriff, den der jetzt obdachlose Exminister gegen den Finanzpolitischen Richtungswechsel seiner ehemaligen Kollegen gerichtet hat, ist allerdings geeignet, die Erörterung dieser Frage besonders interessant und pikant zu gestalten.

Aber diese Debatte wird sich erst im weiteren Verlauf der parlamentarischen Behandlung entwickeln, und heute waren — abgesehen von der Darlegung der abweichenden sozialdemokratischen Ansicht — eigentlich nur die üblichen Ministerreden zu erwarten. So war es denn auch mehr ein Paradestück, das ein überaus zahlreiches Publikum sich eher ansehen als anhören wollte. Die Wandelgänge des Reichstags waren fast zu einem fashionablen Salon geworden, so auffallend bewegten sich erstklassige Menschen in Uniform und Zivil. Und die Tribünen waren erfüllt von demselben — wie man zu sagen pflegt — vornehmen Publikum: Uniformen des Landheeres und der Marine, elegante Gehräde — und nicht zu vergessen — blendende Damentouletten und -Hüte in allen Farben und Größen. Auch der Sitzungssaal bot den gewohnten Anblick der großen Tage, und auf der Bundesratsstraße war der Reichskanzler selbst — ein seltenes Schauspiel — mit all seinem Gefolge erschienen.

Es ist freilich schwer, die neuen Rüstungen mit eigenen und überzeugenden Argumenten zu begründen. Aber die Redner der Regierung machten sich ihre Aufgabe doch allzu leicht. Was Genosse G a s e späterhin von den Debatten des Reichstags sagte, ist in vollem Umfange richtig: die übliche Sedarbe des Oberlehrers! Man hat sowohl als Sozialdemokrat als auch als Gegner ein Gefühl der Beschämung, wenn an der Spitze des Bundesratsstuhls sich die langweilige Gestalt des Herrn von Bethmann-Hollweg erhebt, um in einer größeren politischen Frage die Rolle des ersten und leitenden Staatsmannes zu spielen! Das ist der Kanzler des Deutschen Reiches!

Kein einziger großer, selbständiger Gedanke! Wohl legt er das Gesicht in die ernstesten Falten, zieht die Augenbrauen hoch, runzelt die Stirn, als ob sein Kopf angestrengte Arbeit verrichte... Aber die Leistung des Geistes ist flach, und nicht nur der Tonfall der Rede ist traurig und tonlos!

Aus der ganzen Kriegsbereinsrede ist allenfalls der Punkt bemerkenswert, der die Erbschaftsteuer berührt! Herr v. Bethmann-Hollweg möchte seine Verbeugung vor dem Zentrumswillen mit der Ausrede erklären, daß er nicht auf eine Zustimmung der Sozialdemokratie habe rechnen können. Er fügt freilich in einer aufrichtigen Regung hinzu, daß ihm daran liegt, die bürgerlichen Parteien nicht auseinanderzutreiben.

Es ist interessant, auch bei dieser Gelegenheit zu beobachten, wie gering er die Anschauungen der bürgerlichen Linken bewertet und wie wenig er darauf Rücksicht nimmt. Die „große nationale Frage“ solle nicht durch diesen Streit vergiftet werden. Also: behält das Zentrum und die Rechte den Sieg, und Nationalliberale und Fortschrittler müssen sich fügen. Hier, auf der linken Seite, scheint man die Heringschälung zu empfinden, und manche Zwischenrufe lassen etwas wie Groll verraten. Werden aber die Herren ihn bei der entscheidenden Abstimmung nicht hinunterwürgen? Was der Kriegsminister und der Marineminister zur technischen Begründung sagen, ist nicht viel gehaltvoller. Ein paar Worte kaum zur Rettung des Scheins, als wolle man die Notwendigkeit organisatorischer Reform beweisen. Warum auch die Mühe? Der Erfolg ist ja nicht zweifelhaft.

Etwas mehr Mühe muß sich naturgemäß die Steuerergellung geben. Herr S a h n kann einem ein wenig leid tun. Es ist in der Tat keine leichte und auch keine populäre Aufgabe, den Richtungswechsel von einer immerhin soliden Wirtschaftsführung zu einer unsoliden zu führen und dabei sich noch auf die eben verlassenen Grundsätze zu berufen und den Vorgänger, der im Augenblick erst — durch seinen Artikel in der „Deutschen Revue“ — diese Solidarität ausdrücklich abgelehnt hat. Herr Kühn macht seine Sache so gut es eben geht, nicht ohne eine begreifliche Befangenheit. Die Reihe der Redner aus dem Hause eröffnet Genosse G a s e mit der Kritik der Vorlagen, die unsere Anschauung und der gesunde Menschenverstand auszuwringen. Es ist eine unüberlegliche Logik in den Gründen, die er zur ablehnenden Haltung unserer Fraktion anführt. Er begnügt sich indessen nicht mit dieser notwendigen „Negation“, wie die Gegner gern sagen. Es ist positive und fruchtbare Arbeit, wenn er zugleich unsere Forderung der Einschränkung der Rüstungen, der möglichen — durch Vernunft und Volkswohl gebotenen — internationalen Verständigung in klaren Worten entwickelt. Positive Arbeit, weil erst diese Verständigung — wie unser Redner mit präzisier Schärfe auseinandersetzt — die Finanzen sanfteren und den Weltfrieden sichern wird.

Seine Polemik gegen die Bethmannsche Rede konnte, so überzeugend sie war, dem Kanzler nicht eben Ruff in

den Ohren sein. Der lange Herr entfernte sich und ließ sich von seinem Wahnschaffe erst wieder ellends herbeiholen, als Herr Dr. S p a h n die Wandlungen des Zentrums zu entwickeln begann. Es war nicht die Absicht des alten Zentrumsführers, hier Neues zu sagen. In Zurückhaltung kündigte er bei prinzipieller Zustimmung die gewohnte „genaue Prüfung“ an und sprach im übrigen ziemlich offenerzig seine Befriedigung aus über den Finanzpolitischen Erfolg der heutigen.

Eine Wiederholung der deutlichen Freundschaftsbrüche durch den Antisemiten S e r z o g, beschloß den heutigen Tag. Am Dienstag wird zuerst der konservative Sprecher reden.

Politische Uebersicht.

Alte Weisen, alte Tugte.

Die Hundertmillionenkosten einer neuen Wehrvorlage bringen uns nicht einmal mehr die Sensation eines aufregenden parlamentarischen Schauspiels. Jedes Stück hört auf zu interessieren, wenn der Zuschauer weiß, wie es ausgeht — und, ach, das Stück, das jetzt im Reichstagshaus aufgeführt wird, ist schon zu oft gespielt, als daß man sich über seinen „guten“ Ausgang irgend einem Zweifel hingeben dürfte. Selbst nebensächliche Momente der Spannung, wie die Fragen nach dem Verhalten einzelner Parteien, fallen weg, seit man weiß, daß alle bürgerlichen Parteien zur Bewilligung der Vorlagen bereit sind, und laerte nicht die große unheimliche Sphäre der Deckungsfrage im Hintergrund, die eben erst einen Finanzminister verschlungen hat und sich gefräßig nach neuen Opfern umsieht, man müßte sich angeekelt und gelangweilt von der ganzen Tragikomödie abwenden.

Was kommt es da, soweit es sich um den Inhalt der Rüstungsvorlagen handelt, überhaupt noch auf Reden an? Herr v. Bethmann und die ihm nachgeordneten Stellen hätten noch etwas trockener und inhaltslos sprechen dürfen, als sie es getan haben, ohne das Schicksal der Besetzung der Wehrvorlagen durch ungeschickte Reden der Regierung und die guten Gründe der Opposition wirksam zu beeinflussen, dann hätte gleich der erste Tag die Entscheidung gegen die Vorlagen gebracht. In Wirklichkeit ist in den ebenen Zirkeln der bürgerlichen Fraktionen längst die Entscheidung für die Vorlagen gefallen. Der Sozialdemokratie bleibt keine andere Aufgabe, als die Gewissens- und Gedankenlosigkeit solchen Treibens erneut der Öffentlichkeit zu denunzieren, für ihren grundsätzlich ablehnenden Standpunkt zu den 4 1/2 Millionen ihrer Wähler neue Anhänger zu werben. Aber, was kümmern sich die bürgerlichen Parteien darum? Der Himmel ist hoch, und die Wahlen sind weit!

Selten ist etwas Dürftigeres gehört worden als die Programmrede, mit der Herr v. Bethmann-Hollweg die Beratung einleitete. Wer ein paar Jahre lang aufmerksam die Zeitung gelesen, hätte jedes Wort und jede Wendung dieser Kanzlerrede voraussagen können. Natürlich hat es auch nicht an Beteuerungen der Friedensliebe gefehlt. Und höchstens insoweit ist der Reichskanzler ein wenig von dem üblichen Schema abgewichen, als er ehrlich genug war, darüber hinaus jede Gefahr für die Erhaltung des Friedens innerhalb der gegenwärtigen internationalen Lage in Abrede zu stellen. Man reißt sich den Schlaf aus den Augen und fragt erstaunt: Also, warum dann diese Vorlagen, die einen erst im Vorjahr aufgestellten Plan umwerfen und die müßsam hergestellte Ordnung der Finanzen zerstören? Aber mit verstehendem Lächeln hört man dann aus den Reden der Heeringen und Tirpitz, denen in der Kommission weitere Aufklärungen gegeben werden sollen. Diese weiteren Aufklärungen spielen bei der Beratung von Rüstungsvorlagen dieselbe Rolle, wie der große Unbekannte in gewissen Kriminalprozessen, sie haben beide die angenehme Eigenschaft, nicht zu existieren. Das Geheimnis des großen Staatsgeheimnisses ist, daß es überhaupt kein Geheimnis gibt. Aber den Jagagern wird dadurch die gewünschte Gelegenheit eröffnet, mit gewichtigen Säberbe und vielsagendem Augenaufschlag allen „Uneingeweihten“ verstehen zu geben: „Ja, wenn ihr würdigt! Wenn wir reden dürften!“ Und dabei wissen sie wie weiland Sokrates, nichts, als daß sie nichts wissen.

Diese in grauenhafter Gleichförmigkeit sich wiederholenden Heeres- und Flottenredaktionen, was sind sie anderes, als ein Zeichen der politischen Stagnation, in die das Reich der europäischen Mitte seit Jahrzehnten geraten ist! Inmitten einer rasenden wirtschaftlichen Entwicklung sind die politischen Gedanken unserer Herrschenden stehen geblieben! Die fortgesetzte Vermehrung der physischen Machtmittel bleibt ihrer Weisheit letzter Schluss. Und die Schwäche und Willenslosigkeit des Reichsparlaments gegenüber allen Forderungen des militärischen Zahlenwahnsinns ist der ständige Zustand! Heute kann jeder Schreiber der Reichstagsblätter und jeder Unteroffizier die Sprüchelein herunterbeten, die dazu gehören, um neue Wehrvorlagen unter Dach und Fach zu bringen. Und vielleicht hätte mancher von ihnen besser und origineller

gesehen als die Staatsmänner in Zivil und Uniform, denen zurzeit die Geschäfte des Deutschen Reiches anvertraut sind. Es gibt gegen neue Rüstungen keine bürgerliche Opposition mehr, und was Bismarck noch mit dem Einsatz seiner ganzen Kraft erkämpfen mußte, einem Bethmann gelingt es im Schlafe.

Regierung und Reichstag.

Der Bericht der verstärkten Geschäftsordnungscommission des Reichstags über die Verhandlungen der Anträge auf Abänderung der Bestimmungen der Geschäftsordnung usw. ist den Abgeordneten jetzt zugegangen. Die Beschlüsse der Commission sind ja bereits allgemein bekannt. Sie laufen im wesentlichen darauf hinaus, daß künftig an zwei Tagen der Woche nach englischem Vorbild je eine Stunde auf die Beantwortung sogenannter kleiner Anfragen vorbehalten wird und daß bei der Besprechung einer Interpellation Anträge gestellt werden dürfen, die die Feststellung verlangen, daß die Behandlung der den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichskanzler der Anschauung des Reichstages entspricht oder daß sie ihr nicht entspricht.

Die Konservativen haben schon in der Commission dem Zustandekommen dieser Beschlüsse starken Widerstand entgegengeleitet und sie werden in ihrer Opposition beharren. Die „Deutsche Tageszeitung“ versucht noch einmal das Unheil zu bannen:

Wir sehen in den Anträgen den ersten Schritt zum parlamentarischen Regierungssystem, dem wir uns widersehen müssen. Der Reichstag hat ohne Zweifel das Recht, seine Geschäftsordnung selbst festzusetzen und abzuändern. Wenn aber die Geschäftsordnung wie in diesem Falle in gewissen Sinne in die Regierungsbeschlüsse eingreift, darf sich das unferes Erachtens die Regierung nicht gefallen lassen. Würde sie das tun, so würde sie selbst ihre Stellung mindern.

Allem Anschein nach hat sich die Regierung in Anbetracht der Umstände und mit Rücksicht auf die große Mehrheit, die hinter den Kommissionsbeschlüssen steht, mit dieser Milderung ihrer Stellung bereits abgefunden. Den um die Stärke der Regierung so besorgten Konservativen wird am Ende nichts übrig bleiben, als ihrem Beispiel zu folgen, denn wir dürfen mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß das Plenum des Reichstages schon in allernächster Zeit die Anträge, um deren Formulierung und Begründung die Sozialdemokratie sich große Verdienste erworben hat, annehmen wird.

Verbote des ersten Mai.

Alljährlich, wenn der erste Mai in die Nähe rückt, stellen sich die konservativen Blätter mit lauten Klagen gegen lokale Polizeiverwaltungen ein, die die Erlaubnis zur Veranstaltung öffentlicher Umzüge gegeben haben. So schreibt auch diesmal wieder die „Deutsche Tageszeitung“:

Auch in diesem Jahre plant die Sozialdemokratie dort, wo sie eindrucksvolle Kundgebungen veranstalten zu können glaubt, große Straßenumzüge zur Feier des sogenannten Weltfeiertages. Diese Umzüge sind in früheren Jahren teils verboten, teils in beschränkter Weise, teils unbedingt gestattet worden. Auch in diesem Jahre scheint man an den verschiedenen Orten verschieden vorzugehen. Wir haben aus einigen Städten berichtet, daß dort die Umzüge gestattet werden sollen, aus anderen, daß ein Verbot ergangen sei. Diese Verschiedenheit der Stellungnahme und der Entscheidung scheint uns überaus bedenklich zu sein. Man begründet sie ja damit, daß die Verhältnisse in den einzelnen Orten verschieden sein könnten, daß an einem Orte in einem derartigen Umzuge eine Beobachtung und Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu sehen sei, während das an einem anderen Orte nicht der Fall sei. Unseres Erachtens können derartige Erwägungen nicht durchschlagend sein. Der 1. Mai ist fast ausschließlich und seiner Bestimmung nach ein Feiertag der Revolution. Früher sagte man wohl, daß die Feier des 1. Mai eine Kundgebung für den Christentumstag sein sollte. Inzwischen hat sich aber dieser sogenannte Weltfeiertag zu einer deutlichen Kundgebung für die Revolution entwickelt. In diesem Jahre soll er besonders ein Protest gegen das sogenannte Vorkriegsregiment der Arbeiter sein. Wenn man erwägt, daß das unbeschränkte und nur bisweilen einigermaßen verhehlte Ziel der antimonarchischen Sozialdemokratie die Revolution ist, so wird man unbedingt

und unter allen Umständen fordern müssen, daß Straßenumzüge und ähnliche Kundgebungen, die ein demonstratives Bekenntnis zum revolutionären Ziele sind und sein sollen, verboten werden. Die einzelnen Bundesstaaten müßten sich darüber verständigen. Mindestens aber müßte ein einheitliches Vorgehen der Polizeibehörden eines Bundesstaates, herbeigeführt werden.

Die Ausführungen der „Deutschen Tageszeitung“ sind der allerbeste Beweis dafür, daß es einen gesetzlichen Grund zum Verbot der Maifestzüge nicht gibt. Nach dem Gesetz kann das Verbot nur erfolgen, „wenn aus der Veranstaltung des Umzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist.“ Die revolutionäre Symbolik der Maifeier und das Ziel der Demonstrationen geht also die Polizei nicht das allermindeste an. Einen gesetzlichen Grund zum Verbot hätte sie höchstens dann, wenn sie glauben würde, daß ein Maifestzug zu direkten Zwecken des gewaltsamen Umsturzes etwa eines bewaffneten Angriffes auf öffentliche Gebäude in Szene gesetzt würde. Da aber alle von der Arbeiterschaft veranstalteten Umzüge im Rahmen der gesetzlichen Ordnung veranstaltet und mit musterhafter Disziplin durchgeführt werden — von ganz seltenen Ausnahmefällen abgesehen, die in besonderen Verhältnissen begründet liegen — eine Polizeibehörde ohne direkte Veranlassung des Gesetzes einen Maifestzug überhaupt nicht verbieten.

Die „Deutsche Tageszeitung“, und, ihrem Beispiel folgend, die ganze konservative Presse, reizt somit die höheren Polizeibeamten zu groben Geheißlichkeiten und zum Bruch des Dienstes auf, durch den sie sich nicht nur zur Treue für den König, sondern auch zur gewissenhaften Beobachtung der Verfassung verpflichtet haben.

Neutralität im italienisch-türkischen Kriege. Auf eine Eingabe des Sanjabundes an den Reichskanzler, in der auf die wirtschaftliche Schädigung infolge der Dardanellenperre hingewiesen wurde, antwortete der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes:

„Auf Ihr Telegramm betreffend Sperrung der Dardanellen erwidere ich Ihnen, daß Deutschland als neutrale Macht sich nicht in den Krieg zwischen zwei Großmächten einmischen kann. Die kaiserliche Regierung wird sich insofern anlegen sein lassen, zum Schutze der deutschen Interessen die nach Lage der Verhältnisse geeigneten Schritte zu tun.“

Nach einer Meldung aus Konstantinopel sollen übrigens die Dardanellen voraussichtlich schon am Donnerstag wieder für die Schifffahrt geöffnet werden.

Gewitterwolken in Sicht. Die Marokko-Politik des Bethmann-Riderleinschen Kurses gibt wieder Anlaß zu Betrachtungen. Diese Politik hatte bekanntlich die Entlassung des Staatssekretärs des Reichskolonialamtes Dr. v. Lindequist zur Folge. Nunmehr scheint dem verstorbenen Staatssekretär wieder die „kaiserliche Sonne“ zu scheinen. Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ und Herrn v. Lindequist einige Tage vor dem Eintreffen des Reichskanzlers in Korfu vom Kaiser die herzlichsten Ostergrüße aus dem Schlüsselton zugegangen. Die Meldung wurde nicht demontiert und so gab das Tageblatt noch einen Nachtrag, in dem es heißt:

Der Kaiser hat nämlich eingesehen, daß Deutschland mit den Kongerwerbungen ein sehr schlechtes Geschäft gemacht hat und daß der Widerstand, den das Kolonialamt der Erwerbung entgegensetzte, nur zu berechtigt gewesen ist. In eingeweichten Kreisen nimmt man daher an, daß die Grenze unseres neuen Kongerbiets garnicht aufrechtzuerhalten bleiben wird. Man rechnet vielmehr damit, daß die demnächst in Wien zusammen tretende Grenzcommission sich schon jetzt über eine ganz andere Grenze einigen wird, als im Marokkoabkommen vorgeesehen war.“

Es werden also wieder Gewitterwolken heraufziehen. Nachdem die Beratung der Meeres- und Marinevorlage im Reichstage beendet ist, wird sich voraussichtlich der politische Horizont wieder aufklären.

Das Kaisertelegramm an Lindequist. Der „Lokalanzeiger“ hat am Sonntag die Nachricht des „Berliner Tageblattes“, daß der Kaiser zu Ostern von Korfu aus ein Telegramm an den früheren Staatssekretär v. Lindequist geschickt habe, in aller Form demontiert. Wie es bei den meisten derartigen Dementis geht, findet auch dieses keinen Glauben. Das „Berliner Tageblatt“ stellt fest:

Das Telegramm des Kaisers an Herrn v. Lindequist wurde am Donnerstag von Korfu abgeleant und war Montag früh im Besitz des in Meran weilenden ehemaligen Kolo-

onial-Staatssekretärs. Am gleichen Tage, dem 2. Osterfeiertag, beantwortete Herr v. Lindequist den kaiserlichen Ostergruß mit einem Danktelegramm.

Es dürfte sonach mit dem Telegramm seine Richtigkeit haben. Dieser neueste kaiserliche Akt ist um so auffälliger, als Herr v. Lindequist seinerzeit sein Entlassungsgesuch ganz plötzlich einreichte, und ebenso plötzlich die Genehmigung der nachgehenden Entlassung erhielt. Der Reichskanzler war am ersten Osterfeiertage bereits in Korfu. Daß er etwa beraten hätte, ein solches Telegramm abzusenden, kann nach allem, was zwischen ihm und Herrn v. Lindequist vorgefallen ist, nicht angenommen werden. Der Rat an den Kaiser muß also von anderer Seite ausgegangen sein, und Herr v. Bethmann-Hollweg dürfte dann erst aus der Presse Kenntnis von der Absendung des Telegramms erhalten haben. Wenn sich der ganze Akt so abspielt hat, dann leuchtet es ein, daß darin eine sehr scharfe Spitze gegen Herrn v. Ariberten-Wächter direkt und indirekt natürlich auch gegen den Reichskanzler zu erblicken ist. Nach alter Gewohnheit wird sich Herr v. Bethmann-Hollweg als Mann der gütigsten Abhängigkeiten über derartige Dinge allerdings hinwegsetzen.

Die höheren Schulen wurden in der Monats-Sitzung des Dreiklassenhauses von dem sozialdemokratischen Redner, Genossen Ströbel, einer gründlichen Kritik unterzogen. Unter Redner gelangte, wie die förmliche Entwidlung der Technik, die sich auf den gewaltigen Fortschritten der Naturwissenschaften aufbaut, nicht nur das Wesen unserer ganzen Gesellschaft, sondern gleichzeitig auch unser Schulwesen von Grund auf umgestaltet hat. Die Wertung der toten Sprachen des klassischen Altertums gehe unausgesetzt zurück und selbst die konservativsten Mächte im Staate sehen sich genötigt, dem realistischen und modernsprachlichen Unterricht einen immer größeren Raum zu geben. Die Sozialdemokratie fordert, daß die höheren Schulen endlich aufhöhen, nur den Kindern der Besitzenden zugänglich zu sein und daß eine wirkliche Allgemeinbildung, die nicht nur die für den späteren Beruf nötigen Kenntnisse neben nationalhistorischer und vaterländischer Beeinflussung vermittelt, dem Volke zuteil werde. Unter Redner verhehlte sich aber auch nicht, daß die Erfüllung dieser Forderungen die Umgestaltung unserer Gesellschaftsordnung im sozialistischen Sinne zur Voraussetzung hat.

In einer längeren Rede beendete der fortschrittliche Abgeordnete Ernst seinen auch von uns gebilligten Antrag auf organische Verbindung der Lehrpläne der Volksschulen mit denen der höheren Lehranstalten und auf Befreiung der Volksschulen. Die Weiterberatung wurde auf Dienstag vertagt.

Armer Baasche! Der Wehrverein hat vor kurzem in einer Kundgebung in Berlin die Rüstungsforderungen der Regierung als zu gering bemängelt. Er ist also eine außerordentlich nationale Organisation. Trotzdem will ihm der Major a. D. Enbels, ein Führer des Bundes der Landwirte in der Provinz Posen, der ja schon häufig von sich reden machte, nicht beitreten. Er hat eine Aufforderung zum Anschluß abgelehnt, zu seinem lebhaftem Bedauern ablehnen müssen. Warum? Er gibt den Grund in der „Deutschen Tageszeitung“ an: weil sich in seinem Vorstand ein Mann befindet, der einerseits öffentlich die Zulassung der Juden in unser Offizierskorps fordert und andererseits eine einflussreiche Stellung in einer Partei bekleidet, deren Vertreter im Reichstag in ihrer Mehrheit einen Babel und Scheibemann zu Präsidenten des Reichstages gewählt haben, der einem Sozialdemokraten vermullich selbst keine Stimme gegeben. Jedenfalls eine solche Wahl nicht verhindert hat.

Dieser Hochverräter in dem Vorstand des Wehrvereins ist der Abg. Baasche. Der Verein kann noch so patriotisch sein, kann noch so eifrig die Regierung zu immer neuen Forderungen für die Armee aufpeitschen, er bleibt umkürzlicher Tendenzen verdräng.

Ein wahrhaft national empfindender Mann kann nicht einer Gesellschaft angehören, an deren Leitung ein Mann beteiligt ist, der für die verfassungsmäßig gewählte Gleichberechtigung der Juden eintritt und den Anspruch der stärksten Partei auf einen Platz im Präsidium des Reichstags jagt. Man muß sich nur wundern, daß die Parteifreunde des Herrn Enbels nicht längst unter Protest ihre Mandate zum Reichstag niedergelegt haben, denn auch dort sitzt Herr Baasche ja in der Leitung. Aber leider haben sie nicht alle ein so fein ausgeprägtes nationales Empfinden wie der Major a. D., der sich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit zur Zeit auf dem „Weißen Ditzsch“ bei Dresden befindet.

Ein Vertrauensvotum für Bassermann. Je näher der Vertretertag der nationalliberalen Partei, der zum 12. Mai nach Berlin berufen ist, heranrückt, desto lebendiger wird es im nationalliberalen Parteilaager. Am Sonntag taate in Stuttgart der Vertretertag der nationalliberalen Partei Württembergs, der eine Resolution einstimmig angenommen hat, in welcher der nationalliberalen Reichstagsaktion unter der bewährten Führung Bassermanns das vollste Vertrauen ausgesprochen wird. Der Vertretertag verurteilt es, wenn durch Uebertreibung der Wichtigkeit von organisatorischen Fragen Pader und Zwietracht in die Partei hineingetragen wird.

Hören den Konservativen gepöbert? Die Kölner Korrespondenz veröffentlicht einen Brief von Edmund

Der Vogt von Suhl.

Erzählung von Theodor Mögge.

40)

Sie waren auf den großen Neumarkt gekommen und standen dort still.

„Hören Sie ein letztes Wort von einem Freunde, der Sie achtet“, sagte Hjörning. „Sie jagen Phantomen nach, unter den Fingern werden diese Jhnen entweichen. — Glauben Sie, was Lina.“

„Herr Hjörning!“ sagte Lotzen zurückhaltend.

„Es ist gut, daß ich Ihnen den Namen des Fräulein von Hammerstein nenne“, fuhr jener fort, „sie ist bestimmt in Ihr Leben getreten. Eines aber will ich Ihnen bemerken: es gibt keine höhere Dame, als diese junge, schöne Dame; kein höheres Herz voll Vaterlandsliebe und keine andere Ehrlichkeit es zu gewinnen, als auf dem Wege, den ich Ihnen gezeigt habe.“

Fräulein von Hammerstein steht fernab von Ihrem Wege, wie ich denke“, erwiderte Jens.

„Nicht so weit wie es scheint“, gab Hjörning zur Antwort. „Sie teilen nicht die Gefürnungen Ihres Vaters. Ihr freies Geiſt nimmt einen andern Flug. Ich glaube, Herr Lotzen, daß der Konfessionsrat bezogen werden kann, einen ausgezeichneten Kopf, der sich von ihm lösen läßt und ihm getrennt dient, mit der Hand seiner Tochter zu belohnen, vorausgesetzt, daß sich alles so macht wie er wünscht; ich glaube aber nicht, daß Lina sich zwingen läßt einen Mann zu nehmen, selbst wenn sie ihn liebt, der nicht denkt wie sie und nicht alles für sie opfern mag.“

„Doch! Wer hat Ihnen das gesagt?“ rief Lotzen erschreckend, als er diese Worte hörte.

„Wollen Sie mich begleiten“, sagte Hjörning. „Ich führe Sie in einen Kreis gleichgesinnter Freunde. Sie sollen manche Aufschlüsse bekommen.“

„Ich kann nicht mit Ihnen gehen, ich kann nicht wollen, was Sie wollen“, erwiderte Lotzen nach einem kurzen Bedenken.

„Dann leben Sie wohl, Herr Staatsrat Lotzen“, rief Hjörning, indem er sich entfernte. „Vielleicht kommt die Stunde bald, wo sie anders denken werden.“

11.

„Sie haben unangelegliche Fehler gemacht, lieber Lotzen“, sagte der Staatsrat, als Jens am andern Tage in sein Zimmer trat, „und hätten Sie die Mäde Ihrer Umgebungen sehen können, Sie würden vor Schreden erschrickt sein.“

„Ich begreife in Wahrheit jetzt noch nicht, welches Unglück ich eigentlich verschuldete“, erwiderte Lotzen.

„Heilige Unschuld!“ rief Hammerstein lächelnd, „aber ich lasse es mir doch nicht nehmen, daß eine gewisse tugendhafte Schwermerei Sie dazu trieb. Lina meint zwar, es sei ganz einfach und ehrlich gemeint gewesen, allein ich glaube es nicht, denn so viel wußten Sie jedenfalls von den Verhältnissen, daß leidenschaftliche Eingebung zu schönen Frauen, eine der ritterlichen Verirrungen des Kronprinzens einm war.“

„Die Norweger haben ihm dafür den Namen Schützenkönig gegeben“, fiel Jens lustig ein.

„Seien Sie wohl, Sie Schelm“, sprach der Staatsrat mit dem Finger drohend, „wie recht ich habe. Sie haben spekuliert mit Ihrer Eitelkeit, ob mit voller Absicht oder den Zufall des Augenblicks hemmend, ist einelei. Der König in seiner stillosen Strenge läßt keine Gelegenheit vorüber, wo er ein derbes Wort sagen kann gegen Eitelkeit, Weiberliebe und Puschelweichungen, die ihm verhaßt sind. Die Zeit ist jedoch vorbei, wo solche Worte gut angewendet waren, aber die Erinnerungen bleiben fatal, und namentlich jetzt muß es dem Kronprinzen höchst unangenehm sein, irgend einen nachträglichen Denzettel zu bekommen.“

„Es sollte mich tief betrüben“, erwiderte Jens, „wenn der Prinz davon wüßte, daß eine Absicht verheilt, eine Strenge auszusprechen, die in ihrer Allgemeinheit so wahr ist.“

„Seien Sie ruhig“, sprach Hammerstein, „der Prinz ist viel zu gnädig und großmütig, um nicht das Beste zu glauben und alles auf Rechnung des Zufalls zu legen. Aber, mein junger Freund, Sie sehen beim ersten Schritte, wie glatt der Boden ist, auf welchem Sie sich bewegen, und wie leicht man darauf fallen kann. Es ist nicht genug Geschichte zu studieren und viele Kenntnisse zu sammeln, man muß auch Verhältnisse und Menschen genau beurteilen und niemals eine Höhe geben.“

„Sie sind aber ein Glückselig“, fuhr er denn lachend fort. „Ihre gewagten Schritte sollen alle gut aus. Der König ist sehr mit Ihnen zufrieden. Sie sind mit Ihrer freimütigen Sicherheit ein Mann, der ihm gefällt. Heute Morgen sprach er mit mir von dem jüngeren Kronprinzen und meinte, Sie hätten etwas in ihrer ganzen Haltung und im festen Auftreten, was ihm an jenen erinnere. Sie wissen, Kronprinz ist kein Viehling gewesen, ihre Jugendzeit fällt zusammen. Bemerken Sie diesen Punkt, mein lieber Freund, wer weiß, was alles geschehen kann; aber denken Sie sich so, daß Ihr großmütiger und gnädiger Lehrling, der Kronprinz, denselben Wohlwollen teilt.“

Lotzen verbeugte sich. „Ich werde mit die Achtung des Prinzen zu erhalten streben“, sagte er dann.

„Ganz recht“, rief Hammerstein, „Sie können das auf beste Weise. Es gibt Menschen, die den Fürsten notwendig sind durch ihren Geist, ihre Erfahrungen, ihre Einweisung in die geheimsten Dienste des Staats, und welche Achtung gebieten, weil man sie fürchten und sie braucht. Die zweite Art sind die sogenannten ehrlichen Männer, die man nicht zu fürchten nötig hat, deren Charakter aber, wie un bequem er auch zu werden sein mag, Achtung erzwingt. Man muß beides vereinigen, klug und ohne Falsch sein, nur nicht eigenmächtig, nicht starrköpfig, nicht so liebenswürdig offenerzig in Gegenwart eines Prinzen, der den Frauen mit solchem Feuer geübt hat, und schließlich nicht in Gegenwart vieler hoher Damen behaupten, daß alle Frauenliebe nichts sei, wo Grundfätze mit ihr in Konflikt geraten.“

„Das ist in diesem Augenblicke mehr als je meine Ueberezeugung“, sagte Jens.

„Dah!“ rief der Staatsrat lachend, „alles kommt auf den Standpunkt an. Ein Geld oder ein wahrer Diplomat wird um ein Weilchen freilich nicht herabwürdigend und verächtlich machen; überläßt sich ein gewöhnlicher Mensch dagegen seinen vorhergehenden Neigungen, so erfüllt er seinen Beruf und nichts ist albern, als von einer Gans verlangen, sie solle ein Adler sein. Ein Mann von Geist aber, der die Höhen der Gesellschaft erklimmen will, muß mit allen Fingern rechnen. Kann ihm Uebels helfen, so folge er dieser, opfere ihr, was er opfern kann, lasse sich von ihr erheben und frage nicht nach Grundfätzen.“

„Es fragt sich einzig nur, warum ich opfere und wofür ich opfere? Welche Wirkung es hat, welche Macht mir daraus erwächst? Lege man an große Dinge nur keinen kleinen spießbürgerlichen Maßstab der gewöhnlichen Moral. Der Geliebte einer Kaiserin werden, und dafür auszuweisen, ja selbst werden, wie Gregor Orlov, ist etwas anderes, als um ein glattes Gesicht ein gemeines Verdrehen zu begeben. Umstände tun alles, mein lieber Lotzen, darum um Stimmelswillen fort mit aller romantischen Schwärmerei, wo es gilt, klug und besonnen sein: und nun lassen Sie uns von etwas Anderem reden. Ich habe eine gute Nachricht für Sie.“ Der Staatsrat nahm nach seiner Gewohnheit eine Pfeife, um die Aufmerksamkeit zu spannen und sagte dann, die Hand auf Lotzens Schulda legend: „Sie sind heute zum Bureauchef ernannt. Was sagen Sie? Es geht doch, nicht wahr?“

Lotzen brühte stumm bis ihm bargebotene Sand. „Ich weiß, welchen Dank ich Ihnen schulde“, erwiderte er.

(Fortsetzung folgt.)

Schoopen an den früheren Provinzial der weißen Wälder Josef Froberg vom 11. November 1910, wonach der Vorstand der konfessionellen Fraktion dem Zentrum das Ultimatum gestellt hat: der Dyrerkatholizismus im Zentrum müsse aufhören. Die konfessionelle Fraktion sei zu dieser Stellungnahme mit Rücksicht auf den evangelischen Bund geneigt. Hierdurch sei auch die schwache Haltung der Zentrumsfraktion und ihrer Presse in der Angelegenheit der Vorromäus-Engelika bestimmt.

Der diesjährige Aufmarsch der Katholiken. Das Lokal Komitee zur Vorbereitung der 58. Generalkonferenz der Katholiken Deutschlands, die in Aachen vom 1. bis zum 15. August dieses Jahres stattfinden soll, erläßt in der „Germania“ die Einladung zu der Versammlung.

Gegen den Danischwindel. Von der preussischen Regierung werden neue Erhebungen veranlaßt, die die Unterlage zur Beurteilung der Frage bilden sollen, ob der zweite Teil des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen in Kraft zu setzen sei.

Ausland.

Das Arbeitermassaker in der sibirischen Tundra.

Die blutige Bestie des russischen Unternehmertums hat wieder unglückliche Opfer gefordert. Der langwierige wirtschaftliche Kampf, den die Arbeiter in den Goldwäschereien Transbaikaliens schon seit Wochen gegen die grausame Ausbeutung durch das Kapital geführt haben, hat nun wie bereits kurz gemeldet, mit einer blutigen Niedermetzelung der Streikenden geendet. Selbst die offizielle Petersburger Telegraphenagentur gibt die Zahl der Getöteten mit 107 und die der Verwundeten mit 80 Personen an. Wie hoch sich die Zahl der Opfer in Wirklichkeit beläuft, entzieht sich vorläufig unterer Kenntnis.

Der Zustand der Arbeiter auf den Lenaer Goldbergwerken, an dem ca. 7000 Personen teilgenommen haben, begann schon vor etwa 6 Wochen. Er war hervorgerufen durch den unerhörten Druck und die furchtbare Ausbeutung, welche die „Lenaer Goldindustrie-Gesellschaft“ gegen ihre zahllosen Arbeiter zur Schau brachte. Diese Gesellschaft, die zu den reichsten Bergwerksgesellschaften Russlands gehört, deren Ausbeute sich jährlich auf 20 Millionen Rubel beläuft, und die ein gewaltiges Gebiet mit einer Eisenbahn, Dampfschiffen, Wägen, Speichern u. dergleichen besitzt, hatte im letzten Jahr die Ausbeutung der Arbeiter bis auf die Spitze getrieben. Sogar die offiziellen Regierungsberichte entrollen das Bild einer solchen Sklaverei, daß dagegen die Zustände in den Bergwerken und Fabriken des europäischen Russlands wie ein Paradies erscheinen. Die Arbeiter sind vollständig in die Gewalt der Bergwerksgesellschaft gegeben, die ihnen bei sehr langer Arbeitszeit außerordentlich niedrige Löhne zahlt, ihnen die Preise für die Lebensmittel diktiert, Wohnungsmangel, sie mit einem Netz von Spiegeln umgibt und als unumgängliche Herrscherin jede Bewegungsfreiheit raubt. Der Mangel jeder weiteren Arbeitsgelegenheit in den wüsten sibirischen Tundras, die Abgeschnittenheit von dem Mutterlande zwingt sie von der Not und der Arbeitslosigkeit nach Schwirren getriebenen Arbeiter, sich der Diktatur der Bergwerksgesellschaft zu unterwerfen, deren Großaktionäre in Petersburg und London aus der Haut ihrer Arbeiter Riemen schneiden und jährlich fette Dividenden einheimen. Die Gewalttätigkeit, die sich namentlich nach der Ankunft des Direktors Lesmann bis ins Ungemessene steigerte, hat endlich die Geduld der Bergarbeiter zum Überlaufen gebracht. Anfang März setzte in den Goldwäschereien und Bergwerken eine regelrecht organisierte Lohnbewegung der Arbeiter ein, die in kurzer Zeit den gesamten Bezirk mit seinen mehr als 50 Unternehmungen ergriff. Das jetzt erfolgte Massaker ist die endgültige Antwort des mit der Staatsgewalt koalitierten Kapitals auf die vollkommen friedliche Lohnbewegung der Arbeiter.

Wir schildern nachstehend die wichtigsten Momente dieses heroischen Kampfes auf Grund der telegraphischen Berichte der „Ruskoje Wremja“, die schwerlich in den Verdacht einer überzogenen Arbeiterfreundlichkeit gelangen kann. Gleich nach dem Ausbruch des Streiks schilderte der Spezialberichterstatter dieser Zeitung die Lage folgendermaßen: „Nachdem die Bergwerksgesellschaft die tatsächliche und juristische Besitzerin der Eisenbahnen und Wasserstraßen geworden und auch alle anderen Zweige der kommerziellen Tätigkeit an sich gezogen und kontrolliert hat, ist sie zugleich zur Beherrscherin des Arbeitsmarktes geworden, indem sie in diese gefährliche Substanz bei dem An- und Verkauf der Lebensmittel und aller sonstigen Wirtschaftsgegenstände Willkür hineintrug. Auf dieser Grundlage brach am 13. März auf dem Andreyewskij Bergwerk Murten und Ungleichheit aus, die zur Einstellung der Arbeit führte. Die streikenden 900 Personen begründeten die Arbeitseinstellung durch grobe Veranlassung, durch falsche Lohnauszahlung, systematische Verweigerung rechtzeitiger medizinischer Hilfe, Lieferung von schlechtem Fleisch und Wasser, gesundheitsschädliche Bedingungen der Wohnhäuser, und verlangten eine Erhöhung des Arbeitslohnes usw. Die Hauptverwaltung in Petersburg lehnt alle Forderungen schroff ab und ersucht, die Unruhen mit Militärgewalt zu unterdrücken. Am 17. März ergreift der Streik alle Betriebe der Gesellschaft. Diese lehnt es aber ab, die Forderungen der Arbeiter auch nur zu prüfen. In der Perspektive erscheinen Hungersnot, Zerstörung der Bureaus und Einmischung des Militärs.“ Am 5. April telegraphiert derselbe Berichterstatter über einige Konzessionen, die die Gesellschaft zu machen bereit ist: „Dies alles bestärkt klar, daß die Gesellschaft die wesentlichen Interessen der Arbeiter ignoriert hat, und daß die Kompensationen während des Streiks infolge des Verschwindens der Gesellschaft, die sich erst jetzt zum Nachgeben bereit zeigt, bewußt geschaffen wurden. Das bessert aber kaum die allgemeine Lage. Am 30. März schrieb der Gouverneur auf Besuch der Gesellschaft vor, die Arbeiter nach Krasnojarsk, 800 Werst weit zu transportieren. Am folgenden Tage stellte der Bezirksingenieur die Ungleichheit der Handlungen der Gesellschaft fest. Die Darnachigkeit, mit der die Gesellschaft befreit ist, die Behörden zur Ermittlung der Arbeiter heranzuziehen, und ihr Wunsch, die Betriebe überhaupt einzustellen, drohen mit dem Ausbruch einer Revolte.“ Am 10. April telegraphiert er: „Die außerordentliche Beilegung des Bergwerkamtes, befreit um die schleunige Beilegung des verhängnisvollen Konfliktes, erkennt als einzigen Ausweg aus der geschaffenen Lage eine Erhöhung des Arbeitslohnes an. Bei der Androhung der Entlassung und der Forderung, den Streik einzustellen, haben die Streikenden ultimativ 16 Forderungen gestellt. Die Gesellschaft hat kategorisch alle Forderungen abgelehnt und im Einvernehmen mit der Petersburger Verwaltung die Verhandlungen abgebrochen.“ Telegramm vom 13. April: „Der Generaldirektor der Gesellschaft weist darauf hin, daß der Streik ungeheure Verluste verursacht, namentlich infolge der Frühjahrsüberfischung der Wälder. Um dem vorzubeugen sei es unbedingt notwendig, den Streik sofort mit den Waffen in der Hand zu unterbrechen.“

Er erklärt sich einverstanden, sämtliche Arbeiter wieder einzustellen, falls die Arbeiter nicht später als am 14. April aufgenommen werden, er macht aber keine Konzessionen. Die Arbeiter bestehen auf der Annahme ihrer Forderungen.“ Telegramm vom 14. April: „Die Lage hat sich verschärft. Die Streikenden zeigen eine aktive Hartnäckigkeit (?). Der Gouverneur hat den nach dem Streikgebiet kommandierten Befehl des Chefs der Gendarmenverwaltung zu Irkutsk zum Kommandeur aller Polizeimannschaften auf den Werken ernannt.“ Telegramm vom 16. April: „Die Rechtsanwaltskonfultation in Irkutsk hat von 8000 Arbeitern im Streikgebiet folgendes Telegramm erhalten: „Wir bitten um juristischen Beistand. Der Arbeitsvertrag ist von der Gesellschaft ungelesen. Wir bitten sofort herzukommen, um die Lage kennen zu lernen.“ Telegramm vom 17. April: „Auf dem Theodorbergwerke, dem reichsten Goldbergwerke, werden die Arbeiter unter militärischem Schutz vorgeschoben. Die Arbeiter haben offenbar beschlossen, bis zur Eröffnung der Schifffahrt zu streiken. Die Lage ist äußerst kritisch. Man erwartet den Ausbruch einer Revolte.“ Dies ist das letzte Telegramm, das vor dem blutigen Massaker abgefaßt wurde. Es zelt in Verbindung mit den vorhergehenden, daß die Meute von den Unternehmern und den Behörden planmäßig vorbereitet wurde. Im letzten Augenblick wurde die Streikführer verhaftet. Die Arbeiter forderten ihre Freilassung, worauf das Militär die Anstalt erteilte und scharfe Schüsse auf die wehrlose feindliche Masse abfeuerte — Das Blut der Getöteten konnte über die zerbrochenen Anstalt und Vollstrecker dieses schändlichen Anschlages.

Vorsichtsmaßnahmen der Post. Da italienische Kriegsschiffe gestern in den Gewässern von Saloniki und Smyrna gesichtet wurden, sind hier sämtliche amtlichen Archive in Sicherheit gebracht worden. — Alle Reservisten des Wilajet Amdin wurden einberufen, und nach den exponierten Ortschaften ist Artillerie mit Munition eingezogen.

Nach den Unruhen in Mex. Meldungen aus Mex. berichten, daß die französischen Behörden bereits eine Anzahl Maßnahmen vorzunehmen haben. Verschiedene Namen sind ihres Amtes entzogen worden. — Mehrere kenntliche Stämme, die herbeigekallt waren, um sich an der Wiedereinnahme der Stadt zu beteiligen konnten zurückgehalten werden. Die französische Regierung gibt bekannt, daß sie keineswegs Befehl erteilt hatte, um den drahlischen Telegraphendienst für Privatdepeschen zu sperren. Die Störung sei darauf zurückzuführen, daß vier Telegraphisten bei den Unruhen umgekommen sind, sowie darauf, daß sich die amtlichen Telegramme infolge des Aufruhrs sehr anhäufeln hatten. Den letzten Meldungen aus Mex. zufolge ist die Ruhe namentlich eine vollständige. Während des Aufruhrs und der Kämpfe haben die Franzosen an Toten 14 Offiziere und 44 Mann gehabt, die Zahl der Verwundeten beträgt 4 Offiziere und 70 Mann. Des weiteren sind 13 Zivilpersonen, sämtlich Franzosen, getötet worden.

Belarader Konspiration. Unflätlich von Konspirationen arbeiten hat man einen geheimen Gang entdeckt, der aus dem königlichen Palais in die Belarader Festung führt. Der Tunnel ist sehr stark und solid gebaut. Der geheime Gang hat auch bei dem Belarader Königsmorde eine Rolle gespielt. Als die Verschwörer das Königspaar nicht gleich fanden, vermutete man sie in dem geheimen Gange, doch stellte es sich dann heraus, daß er vermauert war. Die Vermauerung soll vom König Milan veranlaßt worden sein, der fürchtete, daß militärische Verschwörer durch den Gang aus der Festung in das königliche Palais eindringen könnten. Jetzt wird seine Demolierung erfolgen.

Vom Untergang der „Titanic“.

Bruce Ismay.

Jobs schreibt in der „Welt am Montag“: Ein halbes Duzend Detektivs umschwirren den tüchtigen Bruce Ismay, sein kostbares Leben gegen einen Akt der Danksagung zu behüten, wie er der empörten Bevölkerung New Yorks wohl zusutruen wäre; er verachtet sein Leben nicht gern, besonders wenn es sich soeben erst nur mittels hinterhinein und robuster Ellenbogen gekämpft hat. Und Mr. Ismay's Vorsicht ist zu loben. Es wäre wirklich schade, wenn dieser smarte Direktor der White Star Line, dem über andere heraufbeschworenen Unheil selbst heil entronnen, nachträglich einem schlichten Akte ungebändigter Gerechtigkeit zum Opfer fiel. Mr. Bruce Ismay muß einfach obenauf bleiben, er muß es als stützender Repräsentant des großmächtigen Kapitals, in dessen Diensten jenes Titanenwerk moderner Technik, sich tollt, mehr als anderthalbtausend Menschenleben mit sich zugleich vernichtend. Obenauf bleiben, unverletzt und unerschüttert muß der gefräßige Moloch Kapital, — andernfalls wäre das ganze Bild gestört; dieses Drama, von einem gewaltigen Schicksal aufgebaut, wäre ein Klitz, ein Schmierenshund ohne innere Wahrscheinlichkeit.

So aber ist es ein grandioses Memento mori, ausgerichtet einem Geschlecht, das nur durch katastrophale Schläge zu der Erkenntnis gebracht werden kann, daß es sich mit Haut und Haar der Herrschaft des bösen Kapitals ergeben hat, in dessen unersättlichen Schlund Menschenleben und Menschenblut sonst launlos helatombenweise verschwinden.

Mr. Bruce Ismay ist der echte Vertreter dieses Bösen. Als Einpeitscher der „Titanic“ mit auf ihre Jungfernfahrt gegeben, frei von jeglicher Sentimentalität, die rechtmäßig erlangenen Ernungen lächelnd auf dem Schiffsfest den Damen feiernd, während die Fahrtgeschwindigkeit des Schiffes gleichzeitig auf den höchsten Grad gesteigert ist, und dann, aus der Katastrophe schlau sich bergend und geborgen, in die Luxuskabine der „Carpathia“ einziehend, vor deren Tür in eilig-jugigen Gängen erschröckte Frauen vor elenden Matrosen ausgeharrt müssen, — so steht das Bild dieses Kapital-Gewaltigen klüger vor aller Welt.

Laßen wir es uns nicht verwischen. Und wenn es nicht leicht ist, das gemeinlichste Walter des Ammonitismus immer auf seinen Schleimwegen aufzubeden, damit Geld und Horn die Vögel aufpeitschen, endlich mit ihm aufzuräumen, so laßt uns auf Bruce Ismay hinweisen, — und manchen Blinden wird sein Anblick lebend machen. Jobs.

Die Untersuchung. Das Untersuchungskomitee sagt bereits in Washington eine neue Vorladung Ismay's, der Offiziere der „Titanic“ und aller amerikanischen Ueberlebenden ist angeordnet worden. Ismay befragt sich über das allzu scharfe Verhör. Zu Mannschaften der „Titanic“ an Bord der „Geltic“ wurden zu strengstem Stillschweigen verhalten. Angekündigt beachtet die sibirischen Offiziere die Warnungen des Kapitänmannes, welcher die Eisberge 15 Minuten vor der Kollision signalisierte, nicht. Die Erzählung, daß der erste Offizier Murdoch, der sich beim Untergang des Schiffes erschob, die Meldungen des Kapitänmannes nicht beachtet hat, stammt von dem Steward Thomas Whittely. Whittely, der mit erstorbenen Wägen hier im Hospital liegt, wurde durch ein Seil über Bord geschleudert und erreichte schwimmend ein kleines Rettungsboot. Er hörte darin von ihm unbekannt, bisher hier nicht aufgefundenen zwei Matrosen die Behauptung, daß man ihre Kleidung aus dem Mastkorb 25 Minuten vor der Katastrophe nicht beachtet hatte. Sie hätten dreimal Eisberge gemeldet. Das Gespräch endete mit den Worten: „Rein Wunder, daß Murdoch sich erschob.“

Ismay wies das White-Star-Bureau noch von der „Carpathia“ aus dröhnlos an, die „Geltic“, welche Donnerstag abfuhr, bis Freitag zurückzuhalten, damit die Mannschaften der „Titanic“ sofort nach England zurückgeschickt werden könne. Dieser Anordnung, welche hiesiger Auffassung nach vornehmlich den Zweck hatte, die Mannschaften an der Ablegung ihres Zeugnisses zu hindern, wurde nicht entsprochen.

Thomas Mc. Cormick, ein junger Irländer, sagte aus, er sei, als die „Titanic“ sank, in das Meer gesprungen. Als er schwimmend ein Rettungsboot erreichte, habe ihn die Besatzung zurückgeschickt. Ebenso sei es ihm bei einem zweiten Boot ergangen, bis ihn endlich zwei irische Mädchen an Bord gezogen hätten.

Ein zuverlässiger Bericht.

Nach Erzählungen überlebender Schiffsoffiziere war der Gergang folgender: Um 10 Uhr abends wurde Kapitän Smith abgelöst. Der erste Offizier Murdoch und der dritte Offizier übernahmen die Waage auf der Kommandobrücke. Kapitän Smith ging in den dahinter liegenden Partenkraum, um den Nachtwachen festzustellen, dann ging er zu Bett. Im Auszug sahen Matrosen mit kräftigen Nachtwachen und suchten den Ozean ab. Um 11 Uhr 35 Minuten erschien plötzlich im Pfad der „Titanic“ ein enormer Eisberg. „Es vor uns!“ schrie der Mann im Bug. Der Steuermann hatte mit aller Macht, aber schon zu spät die „Titanic“ ins Eis. Sofort drückte der Offizier Murdoch einen elektrischen Kasten, der alle wasserdrichten Schotten automatisch schloß. Dies geschah innerhalb einer Minute. Der Kapitän war bereits wieder auf der Brücke und übernahm das Kommando. Schon zeigte der Bug eine Neigung um ein bis zwei Fuß. Daraufhin eilte der Kapitän in den Maschinenraum und fand, daß das Schiff vorn bereits Wasser einnahm. Er entsandte den Schiffszimmerer zur Untersuchung. Der Bedauernswerte kehrte aber aus dem untersten Schiffsraum nicht wieder zurück.

Um 12 Uhr schlen das Schiff alle fünf Minuten um einen Fuß zu sinken. Erst um 12 Uhr 25 Minuten gab Kapitän Smith Befehl, alle an Deck zu versammeln. Fünfzehn Minuten später war der Befehl ausgeführt. Um 12 Uhr 50 Minuten ertönte das Kommando des Offiziers Murdoch: „Boote in Bereitschaft!“ Frauen und Kinder zuerst! Jetzt begann man aufgeregt zu werden; die Offiziere ließen ihre Revolver sehen. Die Frauen ärgerten; die erste wurde von einem Matrosen buchstäblich ins Boot geworfen. Nur eine kleine Anzahl Protzende Passagiere suchte mit Gewalt in die Boote zu gelangen. Murdoch schob zwei nieder.

Erst um 2 Uhr wurden die Boote ins Wasser gelassen. Boot Nr. 16 mit 30 Frauen und dem Schiffszuglenteerte; niemand daraus wurde gerettet.

Um 2 Uhr 35 Minuten sank die „Titanic“. Zwei Tasschen treten jedenfalls aus der Fülle von Erzählungen deutlich umrissen hervor; die eine ist, daß die „Titanic“ trotz der erhaltenen Warnungen vor Eisbergen mit der vollen Fahrtgeschwindigkeit von 21 bis 23 Knoten einherfuhr; die zweite Tatsache scheint zu sein, daß man lange an den Ernst der Sachlage nicht glaubte.

Denkende
Raucher
schätzen die Vorzüge
Rauchende
Denker
schätzen die anregende Wirkung
der **Jasmatzi-**
Cigaretten.
Qualitätsmarken:
„Unsere Marine“... 2 Pfg.
„Jasmatzi Dubec“... 2½ „
„Elmas“... 3-5 „

Verantwortlicher Redakteur: Karl Orosch. — Redaktion und Expedition: Neue Gruppenstraße 7. — Verlag der „Vollwacht“, G. m. b. H. — Druck von J. G. G. G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Georg J. Gellert.

Die Ueberlegenheit von **MAGGI'S Suppen** mit dem Kreuzstern
zeigt sich 5382
1. in dem reinen, kräftigen Wohlgeschmack
2. in charakteristischen Eigengeschmack jeder Sorte
3. in der Ausgiebigkeit und daher Billigkeit.
Verlangen Sie deshalb ausdrücklich MAGGI'S Suppen.

Sonntag, den 20. April, verschied plötzlich unser Kollege, der Arbeiter **Gustav Kunte** 5586
 Im Alter von 84 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau des Verbandes der Fabrikarbeiter.
 Beerdigung: Mittwoch, nachm. 4 1/2 Uhr, von der städtischen Friedhofs-Kapelle in Gräbchen.
 Trauerhaus: Henningstrasse 11.

Am 22. April verstarb nach langem, schwerem Leiden unsere liebe Tochter und Schwester **Berta Valentin** 5588
 im Alter von 7 Jahren 8 Monaten.
 Dies zeigen tiefbetrübt an
Hermann Valentin u. Familie.
 Beerdigung: Donnerstag, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause Henningstr. 13b, nach dem Gemeinde-Friedhof in Gräbchen.

Montag mittag verschied sanft unser herzensguter Sohn u. Bruder **Kurt**
 im Alter von 9 Jahren.
 Dies zeigen in tiefstem Schmerz mit der Bitte um stille Teilnahme an
H. Böhm nebst Frau u. Sohn.
 Beerdigung: Donnerstag, nachm. 3 Uhr, von Leuthenstr. 21 nach dem freiwillig. Friedhofe, Bunzlauerstrasse. 5570

Stadt-Theater.
 Dienstag, 7 1/2 Uhr:
Wagner-Opern.
 2. Vorstellung:
„Lohengrin“.
 Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
„Der Rosenkavalier“.
 Donnerstag, 7 1/2 Uhr 5479
 zum 2. Male:
„Der Schmuck der Diabolla“.

Lobe-Theater.
 Dienstag, 7 1/2 Uhr: 5485
„Gudrun“.
 Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
„Die fünf Frankfurter.“
 Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
„Flat justitia“.

Thalia-Theater
 Dienstag, 7 1/2 Uhr:
„Der Leibarzt“.
 Mittwoch: Humboldt-Berein. 5401
 2. Vorstellung:
„Schuldig“.
 Freitag: Gruppe L. 1. Vorstellung:
„Johannfeuer“.

Schauspielhaus.
 Dienstag 8 Uhr:
„Die schöne Wifette“.
 Mittwoch, 8 Uhr:
„Eva“.
 Donnerstag, 8 Uhr: 5497
„Die schöne Wifette“.

Liebich's Etablissement
 ● **Hartstein** ●
Merians Hunde-Theater
 Lebend. Marmor. Louise Schäfer
 etc. etc. etc.
 Anfang 7 1/2 Uhr. 5527

Viktoria-Theater
 Ensemble Gastspiel
 Königl. Hoftheater Dresden
 mit der aktuellen Revue:
„So leben wir!“
 Anfang 8 Uhr. 5533

Palmengarten 5478
 Riesen-Pracht-Dekoration
Orangen-Fest
 in Messina.
 2 neue Kapellen.
 Entree frei.

Bekanntmachung.
 Mittwoch, den 8., Freitag, den 10. und Dienstag, den 14. Mai d. Js., von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, werden die verfallenen Pfänder innerhalb der Nummern 81 109 bis 42 904 versteigert. 5561
 Ueberchüsse gehen in das Eigentum der Stadtgemeinde Breslau zu Gunsten der Armenverwaltung über, falls sie nicht binnen Jahresfrist abgehoben werden.
 Die für den Verkauf bestimmten Pfänder können noch kurz vor dem Zuschlage eingelöst werden.
 Verlängerungen werden noch bis Freitag, den 3. Mai, abends 6 Uhr angenommen.
 Breslau, den 11. April 1912.
Stadtleihamt.

Pfänder-Auktion 5563
 den 25. April, Sohestr. 80, Langner.

Pfänder-Auktion 5418
 einlösen oder verlängern
Schwirten, Weissenburgerf. 7.
 Die beteiligten Auktionen, die ich über Frau Restaurateur Marie Görlich, Sohestr. 14, getan habe, nehme ich nach schiedsmännlichem Vergleich zurück, teile Abbitte und warne vor Weiterverbreitung.
Bertha Schmidt,
 5562
 Sohestr. 14.

Intellig. Leute jeden Standes
 werden eingeladen zum Vertriebe meiner prima abwaschbaren Dauerwäsche und Parafabrics, auch als Nebenwerb. Musterkarten und Quitt. Kataloge etc. gratis. Höchste Preisverleihen. 5252
L. Kästner, Liegnitz,
 Mauerstraße 15.

Sojennäherinnen
 auf Sojennähen melden sich [5440]
 Beckenstraße 81a, IV, Hobeisel.

1 geb. Singermaschine 5474
 für 24 Mk. bei Rosenfeld, Neumarkt 1.
Bettfedern und fertige Betten.
 2605
 Spezial-Grants-Rettung.
 Preisliste gratis und franko.
Julius Immerwiler
 Bresl. Reichstr. 22/23.

Heinrich's Konfektionshaus
 für moderne
 Damen-Backfisch-Mädchenbekleidung
 Reussstr. 11/12

Sensationell billiges Angebot!

50 engl. Paletots	Wert bis 8.—	nur 285
50 engl. Paletots	Wert bis 15.—	nur 385
50 engl. Mädch.-Paletots	Wert bis 10.—	nur 285

300 Blusen 2 95
 Reine Wolle auf Fatter
 Wert bis 7.— Mk. nur

300 Blusen und Unterröcke z. Aus- such. St. **95**

Schneiderinbüsten 5540
 laden Carlstr. 28.

Großes Lager moderner Herren-Garderobe
 Massenfertigung in gediegenen Stoffen und ästlichen Fassons bei bequemster wöchentl. 14 tägiger, monatlicher etc.
Teilzahlung bei
H. Koch,
 Klosterstr. 14. 5310

Königsgrund Sohe-Str. 45/47
 11 Uhr: Große Preisverlosung. [5538]
 Grosses Kränzchen
 Neueste Parkett.
 Touren und Schleifenbahn.

Jeden Mittwoch und Freitag:
Spezialtag
 ff. Leder- und Wochenschuh nach Thüringer Art.
 1/2 Pfund 20 Pf. 54
 Bei ein Pfund-Einnahme 75 Pfennige.
Hildebrand,
 Reichenhaldenstr. 4 und beide Marktstellen. 4911

Anzüge spottbillig [4518]
 auf Pfänder jeder Art.
Geld auf Pfänder jeder Art.
 Frage 17 (an der Louisenstr.). 1563
Für Brautleute!
 Neue mod. Nußb.-Einr. 300 M.
 Nußbaum-Schrank innen Eiche, drei Vertik. 2 Vertik. m. Matr. Nußb. Trum. eleg. Tischstühle u. Nußb. Salontisch, 4 Salonstühle u. Küchen- möbel bei Gortler, Parade- strasse 11, part. 5567

Der Anarchist
 Novellen von Gottschalk
 20 Pfg., früher 1 Mk.
 Buchhandlung Volkswacht.

Eduard Bernstein:
Die Grundbedingung des Wirtschaftslebens.
 Preis 20 Pfg.
 Buchhandlung Volkswacht.

Der 1. Mai 1912.

Die Maifeier dieses Jahres folgt dem prachtvollen Reichstagswahlzuge. 4 1/2 Millionen sozialdemokratische Stimmen, 110 sozialdemokratische Reichstagsmandate war der Kampfespreis des Klassenbewußten Proletariats. Es war die warnende Antwort an die kapitalistischen Beutepolitiker und Kriegsbeher. Immer teurer werden die notwendigen Lebensmittel. Immer größer wird die Kriegsgefahr, die verursacht wird durch das Streben nach neuen, wirtschaftlichen Ausbeutungsgebieten für das Kapital. Jetzt hat die Arbeiterschaft die Pflicht, dem herrlichen Reichstagswahlzuge eine machtvolle Demonstration zur Maifeier als Zeichen der Völkersolidarität folgen zu lassen.
 Für Breslau findet am 1. Mai, vormittags 10 Uhr, eine

Volksversammlung

im Saale des „Gewerkschaftshauses“ statt, in welcher Genosse Seibold über die „Bedeutung des Tages“ sprechen wird.
 Nachmittags von 2 1/2 bis 7 Uhr:

Maifest im Kaiser-Friedrich-Park zu Kl.-Gandau
 Konzert, Tanz, Kinderbelustigungen.
 Abends 8 Uhr:

Vier Mai-Versammlungen

im „Gewerkschaftshaus“, „Bergkeller“, „Kronprinzen“ und „Wilhelmsburg.“
 Referenten sind die Genossen Okonski, Seibold, Scholich und Klippel.

In Übereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachtet die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Arbeitsruhe als die würdigste Form der Feier. Es ist daher Pflicht der Arbeiter und Arbeiterorganisationen, neben den andern Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

Zu allen Veranstaltungen ladet ein
Rüstet zum Maifest!
 Das Maifest-Komitee.
Hoch der 1. Mai!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 23. April.

Geschichtskalender.

24. April.

- 1819 Der niederdeutsche Dichter Klaus Groth in Göttingen.
- 1852 Der Maler Ernst Zimmermann in München.
- 1874 Der Geolog John Phillips in Oxford.

Direkte Steuern der Arbeiter.

Wenn die Frühlingsmonate herankommen, stellt sich auch der Steuerbote ein, der uns kalt und trocken erklärt, was wir zahlen sollen im nächsten Steuerjahre. Es sind die direkten Steuern an die Gemeinden, den Staat und die Kirchen, um die es sich dabei handelt. Oft genug werden die Arbeiter, deren Haushalt ohnehin schon schwer unter den indirekten Steuern zu leiden haben, zu hoch eingeschätzt, und es entsteht dann für viele die Frage: Was hat zu geschehen, um die Steuer zu ermäßigen? Da nicht jeder ein Einkommensteuergesetz im Hause hat und weiß, wie er sich verhalten soll, geben wir auch in diesem Jahre einige Winke, die es verdienen, ausgeschrieben und aufbewahrt zu werden, damit sie stets zur Hand sind.

Wer ist steuerpflichtig?

Die preussischen Staatsangehörigen, die Angehörigen anderer Bundesstaaten (Sachsen, Bayern etc.) und die Ausländer, die in Preußen wohnen oder sich des Erwerbes wegen aufhalten. Die Steuerpflicht beschränkt sich nicht auf die männlichen Personen oder Haushaltungsvorstände, auch nicht auf Personen über 21 Jahre. Es können also Arbeiter und Arbeiterinnen ohne eigenen Haushalt, nicht minder jugendliche Personen zur Steuer herangezogen werden, wenn sie das nötige Einkommen haben.

Cheffrauen werden in der Regel nicht selbständig veranlagt. Ihr Einkommen wird dem des Ehemannes hinzugezählt und beide Einkommen als eins eingeschätzt. Selbständig werden Ehefrauen veranlagt, wenn sie dauernd vom Manne getrennt leben.

Was ist steuerpflichtig?

Das Einkommen von mehr als 900 Mk. jährlich. Beim Arbeiter kommen hauptsächlich in Betracht:

- Der gesamte Arbeitsverdienst, der im Stunden-, Tages-, Wochen- und Monatslohn, durch Ueberstunden und Nachtarbeit erzielt wird,
- Lohnem und Gratifikationen,
- Weihnachtsbescheide,
- Naturalbezüge,
- Kost und Logis,
- Dienstwohnung,
- Freie Beheizung und Beleuchtung,
- Hausstrom, nicht freitrent in der Brauerei bei Brauereiarbeitern,
- Erntegelder bei Kellnern, nicht bei Straßenbahn-Schaffnern,
- Unfall-, Invaliden- und Altersrenten,
- Zinsen,
- Wartegelder, Pensionen.

Was ist nicht steuerpflichtig?

- Pensionserhöhungen und Bestimmungszulagen der Kriegs- und Friedensinvaliden,
- Krankengeld,
- Unterstützungen, die nicht auf einem besonderen Privatrechtstitel beruhen, z. B. Unterhaltsgelder der Kinder an die Eltern,
- Arbeitslosen-, Kranken-, Streit- und andere Unterstützungen der Gewerkschaften.

Was ist abzugsfähig?

- Schuldenzinsen des Steuerpflichtigen,
- Renten und dauernde Lasten, die auf Privatrechtstiteln beruhen, z. B. die Alimente an die geschiedene Ehefrau,
- die von dem Steuerpflichtigen geleistete oder vertragsmäßig zu entrichtenden Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliden-Versicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, soweit sie zusammen den Betrag von 600 Mk. jährlich nicht übersteigen. (Beiträge zu Orts-, Betriebs- und freien Hilfskassen, auch die der Ehefrau, wenn ihr Einkommen mit versteuert wird.)

4. Versicherungsbeiträge, welche für Versicherung des Steuerpflichtigen oder eines nicht selbständig zu veranlagenden Haushaltungsangehörigen (z. B. Ehefrau, Kinder) auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, soweit sie den Betrag von 600 Mark jährlich nicht übersteigen,
5. Ausgaben für Werkzeug und Kleinfleider, z. B. bei Zimmerern, Bauern, Kellnern,
6. Kostgeld, Reisegeld und -Speisen bei Montage-Arbeiten.

Was ist nicht abzugsfähig?

1. Verwendungen zur Verbesserung und Vermehrung des Vermögens, zu Geschäftserweiterungen etc.,
2. die zur Verrichtung des Haushalts der Steuerpflichtigen und zum Unterhalt ihrer Angehörigen gemachten Ausgaben, insbesondere alle Aufwendungen zur Verrichtung persönlicher Bedürfnisse, wie die für Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bedienung, Pflege, Erziehung,
3. Aufwendungen zur Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht gegen Angehörige (Kinder, Eltern) und zwar auch dann nicht, wenn sie durch Privatverpflichtungen gesichert sind,
4. Alimente an uneheliche Kinder,
5. Alimente an die getrennt lebende Ehefrau,
6. Gemeinde- und Staatssteuern,
7. Schulrückzahlungen,
8. Erbschaftssteuern,
9. Feuerversicherungsbeiträge und Prämien für Feuer-Versicherung,
10. Gewerkschaftsbeiträge, und zwar die der Buchdrucker, sind von den Behörden oft als abzugsfähig betrachtet worden, weil ein erheblicher Teil derselben auf Unterstützungszwecke kommt; die Beiträge der übrigen Gewerkschaften gelten fast ausnahmslos als nicht abzugsfähig.

Ermäßigung der Steuerhöhe bei Kindern.

Gemäßt ein Steuerpflichtiger, dessen Einkommen den Betrag von 6500 Mark nicht übersteigt, Kindern oder anderen Familienangehörigen (dem Vater oder der Mutter) Unterhalt, so werden die im § 17 vorgedachten Steuerhöhen ermäßigt um 1 Stufe beim Vorhandensein von 2,

um 2 Stufen " " " 3 oder 4,

um 3 " " " 5 " 6

solcher Familienmitglieder. Für je zwei weitere dieser Familienangehörigen tritt eine Ermäßigung um eine weitere Stufe ein. Die Kinder und Familienangehörigen über 14 Jahre werden aber nur berücksichtigt wenn ihr Verdienst weniger als die Hälfte des ordentlichen Tageslohnes nach ihrem Alter und Geschlecht beträgt. Für ein Kind darf vom Einkommen nichts abgezogen werden.

Es sei ausdrücklich hervorgehoben, daß die Ermäßigung des Steuerbetrages, die auf den Unterhalt von Kindern oder anderen Familienangehörigen zurückzuführen ist, bei Wahlzwecken nicht in Anrechnung kommt. Also ein Steuerzahler kann zum Beispiel deshalb das Wahlrecht in der Gemeinde nicht verlieren, weil er nur wegen einer reichen Kinderzucht ein Einkommen von mehr als 660 Mark nicht versteuert. Das ist genau zu beachten, damit wir bei städtischen und ländlichen Wahlen keine Wähler verlieren.

Steuerzuschläge.

Vom 1. April 1909 an wird von allen Steuerzahlern, die ein Einkommen von mehr als 1200 Mk. haben, ein Steuerzuschlag erhoben. Dieser Zuschlag beträgt in den Steuerklassen von mehr als 1200—3000 Mk. 5 Prozent, bei mehr als 3000—10.500 Mk. 10 Prozent des Staatssteuerbetrages. Ein Arbeiter also, der ein Einkommen von mehr als 12—1350 Mk. versteuert, muß jetzt nicht nur 12 Mk. Staatssteuer und in Breslau 20,84 Mk. Gemeindesteuer zahlen, sondern außerdem noch 5 Prozent von 12 Mk., mithin einen Zuschlag von jährlich 60 Pf. Der Zuschlag beträgt bei einer Staatssteuer von

16 Mk. Einkommen von mehr als 1350—1500 Mk.	0,80 Mk.
21 " " " " " " " " " " " "	1,05 " "
26 " " " " " " " " " " " "	1,30 " "
31 " " " " " " " " " " " "	1,55 " "
36 " " " " " " " " " " " "	1,80 " "
44 " " " " " " " " " " " "	2,20 " "
52 " " " " " " " " " " " "	2,60 " "

Wie wird das Einkommen berechnet?

Maßgebend für die Veranlagung ist der Bestand der einzelnen Einkommensquellen des Steuerpflichtigen bei Beginn des Steuerjahres, also am 1. April. Die Veranlagung zur Steuer erfolgt nach dem Einkommen des letzten Kalender-

jahres; kann zum Beispiel für ein ganzes Jahr eine Lohnnachweisung nicht beigebracht werden, so ist der mutmaßliche Jahresverdienst maßgebend, es tritt also Schätzung ein.

Wie und wo sind Reklamationen anzubringen?

Gegen das Ergebnis der Veranlagung, das dem Steuerpflichtigen mitgeteilt werden muß, kann bei Einkommen von nicht mehr als 9000 Mark innerhalb vier Wochen der Einspruch an die Veranlagungskommission (ihre Adresse ist in der Veranlagungsbescheidmitteilung angegeben) eingereicht werden, gegen die Entscheidung der Veranlagungskommission die Berufung an die Berufungskommission. Unbedingt erforderlich ist es, die Reklamationen gehörig zu begründen und möglichst für alle Behauptungen und Angaben Beweismittel anzugeben, vor allem aber eine Lohnbescheinigung des Unternehmers beizulegen. Unzulänglich oder gar nicht begründete Reklamationen sind nutzlos, weil sie nicht den gewünschten Erfolg haben können. Wir geben deshalb nachstehend ein Muster für einen Einspruch:

Gegen die Veranlagung für das Steuerjahr 1910, monach ich bei einem Einkommen von mehr als 1200 bis 1350 Mark 12 Mark Staatssteuer zahlen soll, erhebe ich hiermit Einspruch.

Nach der anliegenden Lohnbescheinigung der Firma A. in Breslau habe ich im Kalenderjahr 1909 verdient 1150,80 Mk. Davon sind abzuziehen:

Für Kranken- und Invalidenversicherung wöchentlich 81 Pfennige, jährlich	42,12 Mk.
Beiträge zur Volksversicherung „Victoria“ für meine Frau und mich wöchentlich 60 Pf., jährlich	31,20 " "
Ausgaben für Werkzeug	20,00 " "
Zusammen	93,32 Mk.

Es bleibt also ein Einkommen von 1057,48 Mk.

Daneben müßte ich 9 Mark Staatssteuereinkommensteuer zahlen. Ich habe aber für ein eheliches Kind von 8 Jahren zu sorgen, außerdem für meine Mutter, die 63 Jahre alt und völlig erwerbsunfähig ist. Ich muß deshalb um eine Stufe, also auf 6 Mark Staatssteuer, ermäßigt werden.

Ich beantrage, mich in der Steuer entsprechend herabzusetzen und mir die bereits zur Zahlung angeordneten höheren Beträge zu stunden.

Gemeindesteuer.

Neben dem preussischen Staate verlangen auch alle großen und kleinen Stadt- und Landgemeinden direkte Steuer. Ja, für die Gemeinden besteht nicht einmal eine Grenze nach unten; sie können auch die Vermögen besteuern, selbst Einkommen von weniger als 900 Mark. Die Gemeindesteuer wird in Form von Zuschlägen zur Staatssteuer erhoben. Ist also ein Arbeiter zu 6 Mark Staatssteuereinkommensteuer veranlagt und erhebt die Gemeinde 172 Prozent Zuschlag, so beträgt die Gemeindesteuer, die der Arbeiter außer der Staatssteuereinkommensteuer zu zahlen hat 10,32 Mark; an Staats- und Gemeindesteuer zahlt er mithin zusammen 16,32 Mark jährlich, wovon jährlich 4,08 Mark. In Breslau sind jetzt alle Arbeiter mit einem jährlichen Einkommen unter 900 Mark von der Gemeindesteuer befreit, haben also gar nichts mehr an direkten Steuern zu zahlen.

Kirchensteuer.

Als dritte im Bunde stellt sich die Kirche, die katholisch wie die evangelische, ein, um den Geldbeutel der Arbeiter zu erschöpfen. Alle Arbeiter müssen, wenn es die Kirchen wünschen, auch Kirchensteuern zahlen, und Staat und Gemeinden helfen den Frommen, damit sie pünktlich beigetragen werden. Und genau so wie die Gemeinden legen die Kirchen einen bestimmten Prozentsatz der Staatssteuereinkommensteuer fest, den sie von ihren Anhängern verlangen. In Breslau erhob die katholische Kirche im Jahre 1911 zehn Prozent, die evangelische 19 Prozent, so daß ein evangelischer Arbeiter bei sechs Mark Staatssteuer 1,14 Mark Kirchensteuer zahlen mußte. Ist aber keine Frau katholisch, so hatte er nur die Hälfte, also 57 Pf., zu geben; für die Frau mußte er dafür an die katholische Gemeinde auch die Hälfte des gesetzlichen Betrages von 60 Pf., also 30 Pf., abliefern. Der Mann, der aus der Kirche ausgeschieden ist, muß für seine evangelische oder katholische Frau ebenfalls Kirchensteuer zahlen. Sind Mann und Frau aus der Kirche ausgestiegen, so sind sie selbstverständlich von jeder Kirchensteuer befreit.

Den organisierten Arbeitern Breslaus werden die Steuerreklamationen im Arbeiter-Sekretariat, Nikolaistraße 18/19, unentgeltlich angefertigt; um unnötige Wege zu vermeiden, empfiehlt es sich, eine Lohnbescheinigung des Arbeitgebers sofort mitzubringen.

Breslauer Schauspielhaus.

Zum ersten Male: „Die schöne Missette“, Operette in 3 Akten von Wilner und Dobanly, Musik von Leo Fall.

Mit dieser Operette ladet der tantienreiche Komponist in das alte romantische Land ein. Hohe Berren und liebenswürdige Frauen erscheinen auf der Bühne, allerdings ein wenig verstaubt, denn sie sind aus dem ersten Jahrhundert. Das Textbuch ist mit Pundlung nicht überlastet; das Gefühl herrscht vor.

In dem „Vorspiel“ am Hofe des Königs Guiscard zwingen die Untertanen den in Liebesbanden der schönen Prinzessin Missette verknagten Herrscher, sein Jggyl aufzugeben und auf die Welt zu verzichten. Ein gemalter Wolkenvorhang leitet zu dem ersten Akt über, welcher 600 Jahre später spielt und zwar unter der Herrschaft König Pierres. Man feiert gerade die Erinnerung an den Ahnherrn Guiscard, der einen „Missettag“ gestiftet hat, an welchem 12 schöne Mädchen aus dem Heimatsdorf der Missette, Beaufehrer, sich bei Hofe versammelten, um ebenso viele junge Männer auszuwählen. Diesen jungen Paaren wird eine dreimonatliche Probezeit gewährt, mit gegenseitiger Rücktrittsrecht (ohne Kontrahenzklausel). Netze Zustandel Was sagen die Mäcker dazu? Nun jetzt erst die „Romantik“ ein. König Pierre, auf dessen Haupt die kaum erworbene Krone noch nicht recht warm geworden ist, zeigt sich der Jagd geneigter als Liebesangelegenheiten (schon unwahrscheinlich) und will sich von der Missette „englisch brüden“. Er bittet seinen besten Freund, den Grafen Edgar, in seiner Abwesenheit den Thron zu belegen. Eine ganz ähnliche Idee hat auch Margot, die Prinzessin von Aquitanien, welche den ihr zum Gemahl bestimmten König erst einmal „in Civil“ kennen lernen will. Sie verkleidet sich als Bäuerin und mischt sich unter die 12 Dorfschönen; beim Wahlakt — eine neue Alliance der „Waldäre“ — erweist sie den vermeintlichen König, der ihrem Geschmack zusagt. Pierre aber, in einfachem Gewande von der Jagd zurückgekehrt, verliert sein Herz (man verliert bekanntermaßen nur Kleinigkeiten) unverzüglich an die schöne Jeannette, der man auch den Beinamen Missette gegeben hat. Dann sieht man die Mädchen in Beaufehrer, wo ein Heuhaufen eine nicht unbedeutende Rolle spielt. Hier lären sich die Witzungen; die Prinzessin nimmt den Grafen auch als sie erfährt, daß er nicht der König ist und Pierre nimmt Jeannette, obwohl er der König ist. Tableau! Der Vorhang fällt — gelassen!

An Wahrscheinlichkeit „unterrückt“ diese „romantische“ Operette, wie man sieht, die früheren um ein bedeutendes, und

auch die Verifikation ist so salopp, wie etwa in einem Weichnachtsmärchen, „wo's nicht darauf ankommt“. Die Musik spielt bedenklicher als je zuvor nach der komischen Oper. Die Operette soll sich aber ihrer Abkunft nicht schämen, zumal ihre Mäner, wie Offenbach, Lecocq, Johann Strauß und Suppé von allerältestem Ubel sind. Die komische Oper darf hin und wieder nach der Operette neigen, aber umgekehrt kommt oft ein Genre heraus, welches nicht erlaubt ist, nämlich das langweilige. Und sowohl das erste wie das zweite Bild ströht geradezu von Langeweile. Lustiger wird schon die Sache, wenn Margot (Pr. Fidler, die wieder voll sprudelnder Laune war) und ihr Gegenüber Graf Edgar (Herr Brunner) erscheint; auch die kurze Episode der alten Bäuerin (Pr. Lang), die „kufarme Milch und Kase“ zu verkaufen hat, ist ganz drollig, zumal die Rolleninhaberinnen auch den letzten Tropfen Komik herausquetscht. Recht unterhaltend ist auch der idiotenhafte Herzog (Herr Brandl) und sein Minister Sabakul (Herr Eichra). Alles andere ist sentimental, banal, flach, wenn auch musikalisch manchmal recht fein erdacht, wie das Duett vom Schäfer-Hippolyt. Wer aber genau hinsieht, findet im Orchester immer wieder die alten Witz, auf neu gewendet und anders garnirt. Da das große Publikum ohnehin diese Feinheiten fast gar nicht beachtet, so ist um eine herghast zugreifende Operette mit kräftigen Schlagern lieber, wie ein Zwitter, der nicht leben und nicht sterben kann. Offenlich ist das allerneueste von Fall, „Der liebe Augustin“ besser geartet, so daß man von ihm nicht zu sagen haben wird: „Alles ist weg“.

Die Aufführung war mit großem Geschick in Szene gesetzt. Dekorationen, Gruppierung der Mitwirkenden und Kostüme zeugten von vornehmerm Geschmack. Fr. Müllers war eine prächtig singende Missette und Herr Daxhausen hatte wieder die volle Herrschaft über seine schönen Mittel erlangt. Die beiden Trompeter glaube ich schon im „Walzertraum“ gehört zu haben, dort aber nicht so aufdringlich. Das — am Sonntag — ausverkaufte Haus war sehr zurückhaltend, das Orchester war es nemiger; umgekehrt wäre es erfreulicher gewesen. S. M.

Aus aller Welt.

Die Bewohner der Heidenröder Höhle vor Gericht. Vor dem Viesfelder Schwurgericht begann am Montag die Verhandlung gegen drei schwere Verbrecher, deren Taten eine Zeitlang die Bewohner des ganzen Münsterlandes in Aufregung gehalten haben. Es handelt sich um die beiden Brüder Alexander und Anton Stadlowski und den Arbeiter

Johann Willich, die sich auf der Landstraße kennen gelernt und zu einer Diebes- und Räuberbande zusammengekommen hatten. Den Angeklagten wird eine ganze Reihe äußerst schwerer Einbrüche, Diebstähle und Raubankfälle zur Last gelegt. Ihre verbrecherischen Anschläge wurden mit so großer Frechheit ausgeführt, daß man unwillkürlich an die Zeiten des „Schinderhannes“ erinnert wird. Sogar der romantische Nimbus einer richtigen Räuberhöhle fehlte nicht. Die Höhlen waren den Verbrechern schon lange auf der Spur, ohne daß es aber gelang, ihren Schlafort zu entdecken. Am 7. November v. J. gegen 10 Uhr abends kehrten in einer Wirtschaft in Herberod drei fremde Strolcher ein. Sie trugen ein demnach freches Gebaren zur Schau, daß sich der Wirt genötigt sah, den in Herberod stationierten Polizeiergenten Ellermann herbeizurufen. Beim Erscheinen des Beamten ergriffen die Burlesken unter Drohungen die Flucht und verschwanden in der Richtung nach Gütersloh. Ellermann nahm die Verfolgung auf. Kurze Zeit darauf wurden in der Wirtschaft mehrere Schiffe geholt. Man erteilte hinaus und fand den Polizeiergenten mit zwei Schüssen im Kopf sterbend auf der Chaussee liegen. Schon nach wenigen Minuten starb er unter den Händen der Herbeigekommenen ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben. Eine eifrige Suche nach den in Frage kommenden Verbrechern führte ein, an der sich nicht bloß die Polizei der Umgegend, sondern auch die gesamte Einwohnerschaft beteiligte, bis es dann am 18. November v. J. endlich gelang, den Verbrecher habhaft zu werden. Einem Bauern aus dem Dorfe Lehl bei Borken war des Nachts Stroh gestohlen worden. Er verfolgte die Spur bis zu einer verlassenen Mergelgrube bei Heiden. Aus verchiedenen Anzeichen merkte er, daß die Höhle bewohnt war. Der Bauer holte nur den Wächmeister Tilgner und den Wächmeister Wummbeck, sowie mehrere Landwirte aus Heiden herbei, die sich alle mit Schußwaffen versehen. Wächmeister Tilgner betrat mit einer Laterne als erster die Höhle, die sich 10 Meter weit in das Erdinnere erstreckte. Raum hatte er jedoch den Eingang erreicht, als er einen Revolverknall in die Brust erhielt, der ihn schwer verletzte. Jetzt drang Wummbeck mit seinen Begleitern in die Höhle ein und es entspann sich ein wütender Revolverkampf, in dessen Verlauf die drei Verbrecher, die die Höhle bewohnten, leicht verletzt wurden. Schließlich gelang es, sie zu überwältigen und in Ketten zu legen. Bei einer Durchsichtung der Höhle fand man ein ganzes Lager von Diebeswerkzeugen und nicht weniger als 200 geladene Revolver vor. Ein ganzer Wagen voll gestohlener Sachen wurde mit den Räubern nach Vorstransportiert. Die Räuberhöhle bildete natürlich in der folgenden Zeit einen An-

Das Vorgehen der Arbeitgeber in der Expedition und im Möbeltransport.

Mit dieser Frage beschäftigte sich am Sonntag eine Versammlung der in Expedition und im Möbeltransport beschäftigten Arbeiter. Scharf wurde gegen die Maßnahmen einzelner Arbeitgeber, die unausgesetzt Entlassungen der am Streik beteiligten vornehmen, protestiert. Ganz besonders ist dies im Möbeltransport zu verzeichnen. Jetzt, wo die Hauptarbeit vom Quartal erlöst ist, glaubt man die Angestellten dafür, daß sie Lohnforderungen gestellt hatten, zu strafen, indem man sie entläßt.

Die Arbeitgeber glauben, dadurch die Angestellten einzuschüchtern und von der Organisation wieder abbringen zu können. Denn einzelne der Arbeitgeber haben sich ja schon den Kollegen gegenüber geäußert: „Die im Verbands sind, fliegen raus!“ Nun gehören aber, bis auf einige Gleichgültige, alle dem Verbands an, so daß das Mittel der Entlassung den Unternehmern nichts nützen wird. Bezeichnend ist aber, daß diese Unternehmer, die selbst eine Unternehmerorganisation haben und ihr alle angehören, ihren Angestellten das gesellschaftliche Recht der Koalition nicht zugestehen wollen.

Die Versammelten sind der Ansicht, daß die Verbandsleitung sofort die nötigen Gegenmaßnahmen zu treffen hat, und wenn die beteiligten Unternehmer die Entlassungen nicht widerrufen, weitere Maßnahmen zu ergreifen sind, um diesen Arbeitgebern die rechte Antwort auf ihr rücksichtsloses Vorgehen zu geben. Die Arbeiter gelobten, fester als je zur Organisation zu halten und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Mann der Organisation angehört.

Nach eingehender Aussprache über alle die gerügten Mängel wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute am 21. April zahlreich versammelten Expedition- und Möbeltransportarbeiter protestieren ganz energisch gegen die Maßnahmen der Firmen Knauer, Linke und Pape, Rablert, Aintel, Wagemet und Requette, indem, entgegen den Vereinbarungen, daß aus Anlaß des Streiks Maßnahmen nicht vorgenommen werden, dieses nun doch erfolgt ist, da eine ganze Anzahl langjährig Ancehlte nun, nachdem die Hauptarbeit zum Quartal geleistet ist, entlassen wurden.“

Die Versammelten hatten nicht geglaubt, daß die Arbeitgeber das gegebene Ehrenwort brechen werden. Sie sind der Ansicht, daß es notwendig ist, wenn diese Maßnahmen der Arbeitgeber nicht zurückgezogen werden, zu energischer Abwehr gegriffen werden muß und beauftragen die Verbandsleitung, sofort die nötigen Schritte dazu einzuleiten.“

Was sich einzelne Unternehmer nach dem Streik ihren Arbeitern gegenüber erlauben, zeigt folgendes Zeugnisformular:

B. Linke & Pape
Expedition u. Möbeltransport
Steinbohlen en gros.

Breslau, den 21. April 1912.

Inhaber dieses, der Pader war bei uns vom bis zum als solcher bei uns tätig und sind wir mit seinen Arbeitsleistungen zufrieden gewesen. war willig und nützlich und erzielte eine Entlassung wegen Arbeitsniederlegung infolge des Streiks im Möbeltransportgewerbe.

B. Linke & Pape, gez. Lange.

Wie kommt das Geschäft von Linke & Pape dazu, solche Zeugnisse auszustellen, die doch nur dazu führen können, den Inhaber zu schädigen? Wir bemerken dabei, kein Arbeiter ist verpflichtet, ein solches Zeugnis anzunehmen. In allen Fällen muß die Firma aufgefordert werden, ein anderes Zeugnis auszustellen, das die Bemerkung über den Grund der Entlassung nicht enthält. Weigert sie sich, das zu tun, so ist sofort die Klage beim Gewerbeamt einzulegen.

Entflogener Kesselfabrikant. Am Montag schwebte ein am Oberufer bei der Brauereibrennerei „Zum Kupferhammer“ befestigter gelber Kesselfabrikant hoch in der Luft und landete die Aufmerksamkeit auf sich. Gegen 6 1/2 Uhr abends infolge des starken Windes die Fessel und der Ballon flog in südlicher Richtung über die Stadt hinweg.

Verhandlungspunkt für die ganze Umgebung. Von überallher kamen Neugierige, die sich den Schlupfwinkel der Verbacher anschauen wollten. Es entwickelte sich ein so lebhaftes Treiben, daß ein spekulativer Kopf sogar auf die Idee kam, in der Nähe der Höhle eine stehende Restauration aufzunehmen, deren Betrieb allerdings von der Polizei bald inhibiert wurde. Außer der Verbroderer Wintat haben sich die Angestellten in der gegenwärtigen Verhandlung noch zu verantworten wegen zweier Straßenräube und mehrerer schwerer Einbruchsdiebstähle. Der Angestellte Anton Staditowitsch hat einen ihn behandelnden Arzt außerdem gefunden, das auch ein Ueberfall auf einen Bergwerksdirektor geplant war, der über 80 000 Mark bei sich trug.

Wir werden über die Verhandlung berichten.

Unschuldig im Justizhaus. Die Strafkammer in Neuruppin kam in ihrer letzten Sitzung zu einer sensationellen Freisprechung. Wegen Rückfalldiebstahls hatte sich im Wiederaufnahmeverfahren der Dienstinnecht Otto Peinitz zu verantworten, der im November 1909 von der Neuruppiner Strafkammer zu zwei Jahren Zuchthaus und Ehrenverlust verurteilt worden war, weil er im Oktober des genannten Jahres einen Einbruch in die Stadtkasse zu Grajew verübt haben sollte. Bei der „Ueberführung“ des Angestellten hatte in erster Reihe ein Polizeihund (S) mitgewirkt.

In der neuen Verhandlung stellte sich die völlige Schuldlosigkeit des zu so schwerer Strafe Verurteilten heraus. Ein Zeuge, der jetzt eine fünfjährige Zuchthausstrafe verbüßt, bekannte sich als den Täter. Der Angeklagte wurde daraufhin natürlich freigesprochen. Diese neueste „Ueberführung“ eines Polizeihundes sollte zu größter Vorsicht bei Beurteilung des Wertes dieser polizeilichen Hilfenisse mahnen.

Furchtbare Missetat. In Myslenice an der galizischen Grenze nahm der 25jährige Steuerassistent A. der erst vor wenigen Monaten seine Jugendliebe, ein bildschönes Mädchen heiratete, da er eine sehr große Kohanna hat, seinen Kollegen K. in Logis, bemerkte jedoch in letzter Zeit, daß keine Kohanna dem A. mehr als nötig zugetan war. Am Sonntagabend fiel es dem A. auf, daß sich sein Zimmerer nachmittags auf längere Zeit vom Amte entfernte. Er schöpfe Verdacht, daß sein Kollege ein Rendezvous mit seiner Kohanna habe und ließ ihn nach Hause. Er schlich sich in die Wohnung, wo er seine junge Frau mit K. im zärtlichsten Liebestande antraf. Er geriet in Wut, zog rasch seine Revolverpistole aus der Tasche und schoss mehrmals auf das Pärchen. Dann ging er zur Polizei und erzählte den Vorfall. Der Polizeiarzt fand die beiden Leichen leblos vor. A. wurde festgenommen und dem Landgericht eingeliefert.

Der Deutsche Bauarbeiter-Verband und seine Gegner.

Am Sonntag tagte im Gewerkschaftshaus eine Mitglieber-Versammlung des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes. Kollege Tönninger aus Sambura hielt einen geschäftlichen Vortrag, in dem er sich umsetzt über die Entwicklung des Verbandes berichtete. Bei der Versammlung des Bauarbeiterverbandes mit dem Verbands der Bauhilfsarbeiter, die im Januar 1911 vollzogen wurde, zählte der Deutsche Bauarbeiter-Verband 236 000 Mitglieder. Im 3. Quartal 1911 stieg die Zahl auf 310 000 und jetzt beträgt sie bereits 825 000, allerdings sind dabei die 8000 Stuckateure, die sich dem Verbands angegeschlossen, mitgezählt. Man erkennt aus der Steigerung, welche große agitatorische Wirkung die Verbandsleitung erzielt hat. Ein großer Teil der im Bauereise beschäftigten Arbeiter, und zwar die Tischbauarbeiter, stehen der Organisation noch fern, und es wird eine ernste Aufgabe aller Berufsangehörigen sein, auch diese Arbeiterkategorie heranzuziehen.

Der Verband ist aber nicht bloß nach außen, sondern auch innerlich erstarkt. Die Finanzen haben sich vermehrt. Die Hauptkasse hat einen Kriegsfonds von 8 1/2 Millionen und in den Verwaltungsstellen stecken auch über 2 Millionen. Dieses Resultat sei gewiß erfreulich, doch wenn man die gegenwärtige Situation betrachtet, werde man bald erkennen, daß die Summe immer noch zu klein erscheint. Im nächsten Jahre laufen an 500 Tarifverträge ab. Wenn die Anreihen nicht trügen, würde der deutsche Arbeiterbund es auf einen Kampf ankommen lassen, und dieser Kampf wird höchstwahrscheinlich noch a höhere Dimensionen annehmen als der von 1910. Sowie die Arbeiter rüsten auch die Arbeitgeber, sie haben die Zahl der Mitglieber vermehrt, sich innerlich mehr gefestigt und machen große Anstrengungen, ihre Fonds zu vergrößern. Alle ihre Maßnahmen, alle scharfmacherischen Reden weisen darauf hin, daß der Bund alles daran setzen will, die Kohorte von 1910 auszumergen, denn sie haben — das sehen leider unsere Kollegen nicht ein — 1910 eine große Niederlage erlitten. Und nun wolle der Bund im kommenden Kampf 1913 unbeschränkter Sieger sein. An uns, führte der Vortragende an, wird es liegen, die Hoffnungen der Arbeitgeber zuzugreifen zu machen. Wir haben noch Zeit uns zu sammeln und vor allem müssen wir die Kriegskasse auf eine Höhe bringen die uns in den Stand versetzt, einen Kampf zu führen, möge er dauern, so lange er wolle. Wenn jeder seine Pflicht erfüllt, kann das Jahr 1912 noch 4 bis 4 1/2 Millionen aufbringen. Das, was in den Verband hineingesteckt wird, ist nicht verloren, es bringt gar hohe Zinsen. Vergewaltigen wir uns die Arbeitsverhältnisse vor 20 Jahren und heute. Wie traurig stand es mit den Löhnen und der Arbeitszeit, was in dieser Zeit geschafft wurde, wäre ohne die Organisation nicht möglich gewesen. In Schlesien verdienen vor 20 Jahren der Maurer durchschnittlich 1 1/2 Pfg. die Stunde bei 11- bis 12 stündiger Arbeitszeit, heute steht er auf 60 Pfg. mit 9 1/2 stündiger Arbeit. Das ist der Erfolg schwerer Lohnkämpfe. Tönninger hielt es für nötig, den Kollegen vorzuhalten, welche Vorteile die Bewegung von 1910 den Mitgliebern gebracht hat und daß bei zentraler Abmachung es absolut nicht möglich sei, Spezialwünsche der Lokalvereine zu berücksichtigen. Die Ausführungen fanden vielen Beifall. A. Thier schloß an die Ausführungen des Referenten das Ersuchen an die Kollegen, das, was sie gehört, überall auf den Baustellen zu verbreiten und unausgesetzt zu wirken.

Der Frauenabend des Sozialdemokratischen Vereins Breslau am Montag abend war einer Besprechung unserer Breslauer Schulverhältnisse gewidmet, wobei es hauptsächlich darauf ankam, die Volksschulen und ihre besonderen Einrichtungen kennen zu lernen, die Hilfschulen, die Haushaltungsschulen, die Ferienkolonien, den Handfertigkeits-Unterricht für Knaben, den Turn- und Schwimmunterricht, die Schulbäder, den Unterricht blinder, taubstummer und stotternder Kinder, die Ferienspiele, die Schulaärten, die Waldschulen, die schulärztliche Fürsorge, die Singkassen, die Gewährung von Freistunden usw. Ueber alle diese Dinge herrscht in den Kreisen der Eltern noch recht viel Unklarheit; die Genossinnen aber wollen darüber unterrichtet sein, was die rege Aussprache in den Versammlungen am besten bewies. Ueber den Verlauf des gutbesuchten Frauenabends im einzelnen berichten wir wegen Raummangels morgen.

Achtung, Tapezierer! Alle Kollegen der Firma Rimbel in Carlowitz stehen wegen Preisdifferenzen im Streik. Die beschiedenen Forderungen sind abgelehnt worden. Die Werkstatt ist oiswert. — Die Magazin-Werkstatt Mita ist zu meiden; hier ist das Einigungsamt anrufen. Leider haben sich für Mita Kaufverträge gefunden. Bericht in der Versammlung Sonnabend, den 27. April, im Nachweislokal „Stadt

Schweres Automobilunglück. Bei der Rückkehr von einem Ausflug stieg nachts das Automobil des Kaufmanns Cermat in der Nähe der Artilleriekaserne in Zabach so heftig mit einem unbeleuchteten Bauernwagen zusammen, daß der letztere vollständig zertrümmert wurde. Die Insassen des Automobils, drei Herren und zwei Damen, wurden aus dem Automobil geschleudert. Hierbei wurde ein fünfzehnjähriges Mädchen sofort getötet, zwei Herren und eine Dame schwer und der Lenker des Automobils, Cermat, leichter verletzt.

Rebeträgödie nach dem Dorfball. Ein blutiges Eiferuchtdrama spielte sich in dem bei Stettin gelegenen Dorfe Wintersfelde ab. Der 22jährige Kolonistensohn Ernst Bepersdorf beluchte mit seiner Braut, der 17jährigen Kolonistentochter Anna Buchholz, ein Langvergünnen, das im Dorfweidfeld. Auf dem Heimwege vom Lanzenvergünnen zog Bepersdorf plötzlich einen Revolver und gab drei Schüsse auf das Mädchen ab. Die Kugel drang dem Mädchen von dem Rücken aus in die Brust und verletzte es schwer. Dann richtete Bepersdorf den Revolver gegen sich selbst. Er tötete sich durch einen Schuß in den Mund. Die Ärzte hoffen, das Mädchen am Leben zu erhalten.

Schweres Automobilunglück. Der Oldesloer Kaufmann Egger ist mit seinem Automobil bei dem Ort nahe verunglückt. Egger und seine Schwiegermutter Frau Gersbacher sind tot. Sein Bruder und sein Schwager wurden schwer verletzt.

Mord und Selbstmord. In der Sonntagsnacht fanden im Mainz-Kranthalde in der Wohnung des 3-jährigen Mufflers Schütze, als 20jährige Dienstmädchen S. S. mit einer Schußwunde tot im Bett liegen. Nicht weit davon entfernt hatte sich Schütze erhängt. Es scheint sich um einen Mord und Selbstmord aus Gründen der Eifersucht zu handeln.

Einreißer als Mörder. Der Großkaufmann Julius Levy in Trieß wurde dem Betrüben seines Bureau von zwei Dieben, welche dort einen Einbruch verübt hatten, überfallen und durch polizeiliche tödlich verletzt. Den Einbrechern gelang es, zu entfliehen.

Im Reich aufgelaufen. Der Dampfer „Sailio Maru“, der am Sonntag nach Shanghai abgegangen war, ist auf der Höhe des Schantung-Berges im Reich aufgelaufen. Der deutsche Dampfer „Siklang“ nahm die Passagieren und die Passagiere an Bord und wird am Donnerstag in Shanghai erwartet. Der „Sailio Maru“ gilt zwar nicht als verloren, es wird aber immerhin große Arbeit und viel Mühe kosten, ihn wieder flott und verkehrsfähig zu machen.

Bei einem Tiger angefallen. In einer Menagerie in Sabed überfiel ein Tiger den Oberwärter. Es gelang nach

Wien, Malergasse 26. Dort werden während des Gewerkschaftshaus-Umhaues die Verbandsversammlungen jeden zweiten Donnerstag im Monat abgehalten. Kollegen, beachtet die Aufforderung und erscheint in der Versammlung.

Unfall eines Motorkrafts auf dem Gaudener Exerzierplatz. Montag früh nach 8 Uhr sollte auf dem Gaudener Exerzierplatz ein Schiller der Pilotenschule, Leutnant S. seine Pilotenprüfung ablegen. Als er bei der ersten Runde eine Kurve nehmen wollte, verlor er sich aus noch nicht genügend geklärt Ursache der Flugapparate leitlich und stürzte etwa 20 Meter Höhe zu Boden. Die eine Tragfläche des Aeroplans wurde total zertrümmert und die Maschine im übrigen erheblich beschädigt. Der Pilotier erlitt einen Nasenbruch und trug auch noch einige andere, anscheinend aber nicht bedeutende Verletzungen davon.

Vor dem Schwurgericht hatte sich am Montag Schmiedegeselle E. wegen Raubes zu verantworten. In der Nacht zum 3. Dezember 1911 zog er mit einem Arbeiter einer Gastwirtschaft zur anderen. Auf einer Bank des Striebanplatzes, wo sich beide zuletzt niedergelassen hatten, verurteilte der R. seinen Begleiter zu berauben; er nahm ihm aeroplantisch aus der Hosentasche zwei Pfundmarkstücke und ein Taschentuch. Das Schwurgericht verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis.

Wieder ein Betrugschwindler. Der Ruffler Joseph Nimpfisch hatte sich am Montag vor der hiesigen zweiten Strafkammer wegen Rückfallbetruges und Unterschlagung in drei Fällen zu verantworten. Im März 1911 lernte der Angeklagte ein Mädchen kennen, dem er sofort die Ehe versprach, gleich sie schwanger war. Gleich darauf „ließ“ er sich von dem „Braut“ 30 Mark unter dem Vorgeben, er habe eine Kutsche stellen bei der Omnibus-Gesellschaft in Aussicht, doch müsse er vor eine größere Sicherheit leisten. Einige Zeit später ta Nimpfisch seiner leichtgläubigen Geliebten mit einem neuen, milder dreifachen Schwindel. Er stürzte ihr vor, er behalte jetzt sein Erbe von etwa 800 Mark ausgezahlt und wolle davon die Möbel anschaffen. Um die Erbschaft in die Hände bekommen, müsse er 40 Mark Gebühren zahlen. Die „Geliebte“ gab natürlich auch das Mädchen von ihren lauer erwarb Großchen her. Gelegentlich borgte Nimpfisch auch den Schwager des Mädchens um 5 Mark an, die er angeblich brauchte, um ein Pferd beschlagen zu lassen. Als der Betrüger sah, daß seine „Braut“ nicht mehr viel zu erben war, weil sie ihm alles hingegeben hatte, ließ er schließlich überhaupt nichts mehr von sich hören. Bei der Polizei meldete er sich als „nach auswärts verzogen“ ab, wohnte aber weiter in Breslau. Was die Unterschlagung anlangt, so war Nimpfisch im Juli 1911 bei einem Großhändler in Breslau als Ruffler tätig. In dieser Stellung unterschlug er einmal 30 Mk., das andere Mal 5 Mk. Diese Beträge folgte der Angeklagte im Auftrage seines Arbeitgebers bei einem Maurermeister in Dundseld abliefern. Ein Gastwirt in Jelm beantragte Nimpfisch mit dem Einkauf eines Sackes Kartoffeln, wofür er 4,00 Mark bezahlen sollte. Auch diesen Betrag verwendete er für sich und ließ nichts mehr von sich hören. Der Staatsanwalt beantragte wegen aller dieser Straftaten eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust. Das Gericht erkannte auf ein Jahr Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust.

Aus dem Landreise.

Rausern. Volksversammlung. In einer über hundert Männern und Frauen besuchten Versammlung sprach am Sonntag Genosse Sent über die Frage: „Was erwartet das Volk vom neuen Reichstag?“ Lebhafter Beifall lohnte den Redner für seine treffenden Ausführungen. Der gewöhnliche Arbeitergelehrer trug vor und nach der Versammlung einige Kampflieder vor. Da sich Begner zum Wort meldeten, schloß der Versammlungsleiter Genosse Henschel die Versammlung mit der Mahnung, für Ausbreitung der „Volksmacht“ und des sozialdemokratischen Vereins auch in Rausern zu sorgen, damit der sehnlichste Wunsch der Genossen des Landkreises in Erfüllung gehe, den Herren Carner aus dem Sattel zu heben.

Kriekern. Donnerstag, den 25. April, abends 7 1/2 Uhr wird im Schulhause eine Sitzung der Gemeindevertretung abgehalten.

Eisbahnunfall. Auf der Strecke Breslau-Karlsmarkt-Oppeln wurde, nach der „Schles. Volkszeitung“, in der Nacht zum Sonnabend zwischen Kotzmitz und Tschirne ein Mann vom Güterzuge überfahren und getötet.

Deutsch-Bissa. Ein Hochfeuer brach hier Sonntag früh um 5 Uhr in der Molatplattenfabrik aus, wodurch sämtliche Trockengerüste ein Raub der Flammen wurden. Die Fabrik bestand früher ganz aus Holzwerk, das 1910 niederbrannte. Im Jahre 1911 ist die Fabrik in Eisenbeton wieder aufgebaue worden. Ueber den Ofen liegt der Trockenraum, die Molatplatten der aus Holz besteht. Die große Dike in diesem Raume legte die Gerüste in Brand, die sie vollständig vernichtete.

Unfall beim Richtigste. Bei den Vorbereitungen zu einem Richtigste am Escher Kreise in der Grafschaft Schaumburg explodierte eine Flasche Kohlenäure im Festzelt. Ein Mann war sofort tot, drei wurden schwer verletzt im Rintener Krankenhaus befördert, sind aber unterwegs ihren Verletzungen erliegen. Zwei weitere schwer Verwundete befinden sich im Escher Krankenhaus. Ein 9-jähriges Mädchen wurde an der Hand verletzt, so daß die Hand wahrscheinlich verloren ist. Das Festzelt wurde vollständig zerstört.

Die Subskription für die Hinterbliebenen der Opfer der „Titanic“. Die Subskription für die Hinterbliebenen der Opfer der „Titanic“ erreichte am Montag 128 000 Pfund Sterling, das sind 2 160 000 Mark.

Erbeben in Armen. In Chaudunau (Mast. Türkei) ist ein heftiges Erdbeben veripürt worden. Mehrere Häuser sind eingestürzt. Acht Personen haben dabei ihren Tod gefunden.

Feuerbrände umgekommen. Wie aus Waldsee im Württemberg gemeldet wird, ist am Sonntag in Gaishaus das Anwesen des Käfereibesizers Ott vollständig niederbrannt. Die Mutter des Besizers und sein 4 1/2-jähriges Kind sind verbrannt.

Brandstiftung. In Gutingen bei Pforzheim sind nachts bei der Kirche fünf Wohnhäuser und vier Scheunen abgebrannt. Zweifelloch liegt Brandstiftung vor. Zwei verdächtige Personen wurden verhaftet. Acht Familien sind obdachlos. Vor vier Wochen sind in Gutingen fünf Wohnhäuser und vier Scheunen niedergebrannt.

Feuerkatastrophe in Japan. Montag nacht sind durch Großfeuer und Sturm, die 4 Stunden andauerten, 2000 Häuser der Stadt Matsumoto zerstört worden. Es wurden Gruppen von 5. Regiment zur Hilfeleistung aufgegeben. Die größeren Bauten sind gerettet. Matsumoto ist eine Stadt auf der japanischen Insel Jesso in der Provinz Nagano und hat etwa 50.000 Einwohner.

Ehrenkrieger einer Mutter. In Glabbed bei Essen führte sich die Frau des Bergmanns Brett mit ihren fünf Kindern in das Glühendes Hop. Dingelnde Bergleute retteten die Frau und drei Kinder; zwei ertranken. Als Grund zu der graufigen Tat wird ehelicher Zwist angegeben.

Ertrinkungsob eines Matrosen. Der Obermatrose Dopp von der ersten Kompagnie der dritten Matrosendivision wurde beim Aufenthalt auf dem Sangliensand in der Nähe des Forts Sanquiliten von der Flut überrollt und ertrank. Ein Kamerad des Obermatrosen konnte nur mit Mühe gerettet werden.

Achtung Gewerkschaftsmitglieder und -Kassierer!

Die Jahresberichte des Arbeitersekretariats und des Gewerkschaftsartikels sind fertiggestellt. Die Vorstände werden ersucht, die Berichte recht bald im Arbeiter-Sekretariat, Nikolaistr. 18/19, abzugeben und an die einzelnen Vertrauensleute ihrer Gewerkschaft weiterzugeben. Der Kartellbericht enthält sehr wichtiges Agitationsmaterial. Ferner wird noch einmal an die Ablieferung der Sammellisten für die ausgesperrten Vorzeitarbeiter erinnert. Der Kartell-Ausschuss.

Die Kontroll-Versammlungen in diesen Tagen, so schreibt uns ein Leser, werden von den meisten Mannschaften als eine wirkliche Plage empfunden. Die Arbeitszeit, die ihnen dabei verloren geht, wird sehr oft nicht entschädigt, obwohl die Leute in der freien Zeit jeden Pfennig nötig brauchen. Die Strenge der Vorgesetzten läßt das Uebel nur noch größer erscheinen. Und wehe dem Manne, der den Kontrolltag vergisst oder den Stellungspass nicht rechtzeitig findet. Zwei oder drei Tage Arrest sind ihm sicher. Ein Vorfall, der sich vor vierzehn Tagen ereignete, verdient öffentlich bekannt zu werden. Die 6. Melde-Abteilung hatte früher ihre Kontrollstelle auf dem Palaisplatz, in diesem Jahre aber in der Kurassierkaserne. Aus diesem Grunde fehlten am Kontrolltag 146 Mann und jeder erhielt 2 Tage Arrest. Davon hat ein Teil die Strafe verbüßt. Jeder muß die 48 Stunden abrummen. Einer der Bestrauten hatte zuhause fünf kleine Kinder und eine kranke Frau. So mancher der Familienväter wird im Arrest über die Schönheiten des Militarismus nachdenken.

Achtung, Bauarbeiter! Ueber den Neubau des Bau-Unternehmers Gottfried Wulkyich in Hundsteld, Müllersstraße 4, ist die Sperre verhängt worden, weil die tarifmäßigen Löhne nicht gezahlt werden.

Der Breslauer Passantenverein E. V. nahm in einer außerordentlichen Generalversammlung am Montag Abend im „Rafino“ zunächst den Bericht über die bisherige Tätigkeit entgegen. Herr Dr. med. Tibect Sachs gab einen Überblick auf die bisherige Wirksamkeit des Vereins. In einem halben Jahre bestanden Vereinsmitglieder an 12 Orten in der Provinz die Besichtigung des Vereines zu gewinnen. Ferner soll eine laufende Statistik gepflegt werden, wozu man auch andere vereinsfreie Städte anfragen will. Mit Berlin sei bereits ein Anschluß gesucht worden; ein Erfolg siehe bevor und andere Großstädte würden folgen. Ebenso werde sich der Verein mit anderen Vereinen verbinden; mit dem Troicktenbefirgerverein sei der Anfang gemacht. Die Unfallversicherung für die Mitglieder ist schon erwogen worden. Der Verein habe sich an 12 Polizeipräsidien mit praktischen Vorschlägen gewandt, die aber nicht berücksichtigt wurden, später jedoch teilweise, als sich auch die Tagespresse der Forderungen annahm. Besonders werde man nun sein Augenmerk auf die wachsenden farbigen Arbeiter richten und auf das gegenwärtig beschaffene angelegte Personal. Bei den Postboten sei eine Verbesserung schon eingetreten. Die Versammlung beabsichtigt dann den Plan eines Vereinsblattes und beantragte den Vorstand mit den nötigen Vorarbeiten. Das Blatt soll alle 14 Tage erscheinen.

Probezeit im Arbeitsverhältnis. In der Sitzung des Gewerbegerichts am 12. April, die unter dem Vorsitz des Mag. Straßacker Dr. Steinberg tagte, wurde über die „Probezeit im Arbeitsverhältnis“ ein Urteil gefällt, mit dem wir uns keineswegs einverstanden erklären können. Ein Buchbinder war von der Firma B. & S. auf eine achtstündige Probezeit angestellt worden; man wollte sehen, was er leistet. Nach Ablauf der Woche wurde er nicht entlassen, sondern noch eine Woche weiter beschäftigt; dann aber wurde das Arbeitsverhältnis gelöst. Der Buchbinder klagte gegen die Firma wegen einer 14-tägigen Lohnentschädigung, weil er grundlos entlassen worden sei. Die Verklagte wandte ein, sie habe dem Kläger gar keine Kündigungsfrist ausgesetzt. Seine Leistungen in der ersten Woche seien nicht betriebsfähig gewesen; deshalb wurde ihm erklärt, daß er noch eine weitere Probezeit auf 1 Woche durchzumachen habe. Es sei demnach ein richtiges Arbeitsverhältnis nicht zustande gekommen und somit der Anspruch des Klägers ganz hinfällig. Das Gewerbegericht stellte sich auf den Standpunkt der Verklagten — wir sagen zu Unrecht — und wies den Kläger mit seiner Forderung ab. Und für sich hält es auf, wenn ein Gehilfe, der schon längere Zeit im Betriebe tätig ist, auf „Probe“ angestellt wird; aber ganz unstatthaft ist es, einen Arbeiter beliebig nur auf Probe zu beschäftigen. Uebrigens habe der Kläger bestritten, daß das zweite Mal von Probe gesprochen worden sei.

Der Breslauer Vorkämpfer beschäftigt heute Vormittag das Schwurgericht. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach versuchter räuberischer Erpressung in zwei Fällen und billigten dem jugendlichen Angeklagten, der Richard Kiggens heißt und aus Österreich stammt, mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis; ein Monat gilt durch die Untersuchungshaft als verbüßt. Auf den Prozeß kommen wir morgen zurück.

Ein dreifaches Betrugsereignis. Einen ganzen Vormittag dauerte am Freitag eine Schöffengerichtsverhandlung, die sich gegen den Handelsgärtner Wilson Kempinski und seine Ehefrau Anna Kempinski von hier richtete. Die Angeklagten haben in den Jahren 1903 bis 1907 in Breslau wie in der Provinz eine ganze Reihe Geschäfte, Gewerbetreibende und andere Leute zum recht hohen Betrage gebrandschagt. Als die vielen Betrugsereignisse und Unterschlagungen schließlich der Staatsanwaltschaft bekannt wurden, schickte K. Weiskranz vor und so konnte das Hauptverfahren gegen ihn vorläufig nicht eröffnet werden. In der Peil- und Flegerstraße zu Lebus wurde ein Geisteszustand längere Zeit beobachtet. Außer einer größeren Anzahl geschädigter Personen waren zur Verhandlung der Geschickten und der Leiter der Lebuser Nervenkuranstalt als Sachverständige geladen. In Nienberg kaufte sich K. vor mehreren Jahren ein Grundstück mit Garten, worauf er 100 Mark anzahlte, mit dem Bemerkten, daß er binnen weniger Monate 7000 Mark von seinem Schwager zu erwarten habe und mit dieser Summe den auf 4000 Mark vereinbarten Kaufpreis erlegen werde. Die geleistete Anzahlung hatte sich Kempinski unter falschen Vorwänden von einem Geschäftsmann „geliehen“, der natürlich von dem Gelde nichts wiedersah. In seiner Eigenschaft als Hauswirt verkaufte er aus dem Grundstück alles, was nicht nützlich und nagelfest war. Der Verkäufer des Grundstückes sah gar bald, daß er einem Betrüger in die Hände gefallen war. Bei einem hiesigen Buchdrucker ließ sich Kempinski Briefbogen anfertigen, auf die er den Vermerk „Reichsbankgironkonto“ und „Telephonanschluß“ drucken ließ, so daß man glauben konnte, er betriebe eine große Handelsfirma. Die so b-druckten Briefbogen verwendete Kempinski als Bewerbungsschreiben um Vertretungen für mehrere große auswärtige Handelsfirmen, die ihm auch wertvolle Musterrendungen in Blumenwiebeln und anderen gärtnerischen Artikeln gaben. Diese Musterrendungen machte K. sofort zu Gelde, indem er sie unter dem Preise verkaufte. Am meisten hat K. aber einige hiesige Abzahlungskassen um Möbelschäfte geschädigt, die er unter Eigentumsvorbehalt kaufte und dann billig veräußerte. Seine Ehefrau leistete ihm hierbei Verhilfe. Gelegentlich bestahl Kempinski auch einen Arzt um wissenschaftliche Bücher sowie verschiedene andere Gegenstände, der bei ihm auf der Monstarktstraße lehrte. Ein milderer Zimmer bewohnt hatte. Nachdem die medizinischen Sachverständigen den Angeklagten als einen zwar geistig etwas heruntergekommenen jedoch für seine Straftaten verantwortlichen Menschen bezeichnet hatten, beantragte der Staatsanwalt gegen Wilson Kempinski insgesamt 28 Monate Gefängnis, drei Jahre Ehrverlust und sofortige Verhaftung und gegen die Ehefrau wegen Verhilfe zur Unterschlagung zusammen drei Monate und zwei Wochen Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen den Ehemann auf ein Jahr und

zwei Monate Gefängnis, gegen die Frau auf sechs Wochen Gefängnis, da sie bisher unbekannt war. Wegen Fluchtverdachts wurde Kempinski im Gerichtsaale verhaftet.

Töblicher Betriebsunfall. Am Montag Abend, kurz vor 7 Uhr, ereignete sich in der Kunst- und Wauschlofferei des Ingenieurs Karl Toppel, Weinstraße 75, ein schwerer Unglücksfall, dem ein blühendes Menschenleben zum Opfer fiel. Es sollte dort eine große, 18 bis 20 Zentner schwere Walze von einem Wagen geladen werden, womit etwa 12 Personen unter Leitung mehrerer Werkmeister betraut waren. Als die Walze bereits ein Stück vom Wagen gezogen war, kam der nach auf dem Wagen ruhende Teil ins Rutschen, während der vordere Teil zum Unglück hängen blieb; die Walze überschlug sich daher und fiel vom Wagen herab. Die Arbeiter waren, als sie die Unvermeidlichkeit des Sturzes bemerkten, alle rechtzeitig zur Seite gesprungen, darunter auch der 45 Jahre alte Werkmeister Franz Ertz. Er war rückwärts bis an die Wand des angrenzenden Hauses gewirrt, in dem Glauben, daß die fallende Walze keineswegs bis dahin gelangen werde. Dies geschah aber und die schwere Walze fiel auf den Mann und brühte ihm den Brustkorb vollständig ein. Sofort wurde die Last gehoben und der Verunglückte aus seiner schrecklichen Lage befreit, aber er war so schwer verletzt, daß er nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Man ließ ihn Sauerstoff einatmen und die hebelgerufenen Samariter legten ihm einen Verband an und schafften ihn mittels ihres Krankenwagens in das Allerheiligens-Hospital. Ein Arzt bemühte sich sofort um den Verunglückten, doch verstarb dieser unter seinen Händen. Ertz, der Weinstraße 76 wohnte, ist bei der Firma bereits seit zwei Jahren beschäftigt gewesen und wird von dieser als ein tüchtiger, fräftiger und äußerst besonnener und tüchtiger Mann geschätzt. Er hinterläßt eine Frau, eine 18jährige Tochter und einen 15jährigen Sohn.

Seitlicher Metallarbeiterverband Verwaltung Breslau. Mittwoch, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht 1911. 2. Uebernahme vom ersten Quartal 1912. 3. Bewilligung von Beiträgen für den Bau des Gewerkschaftshauses. 4. Antrag der Ortsverwaltung auf Anstellung eines weiteren Bureaubeamten. Das Mitgliedebuch legitimiert.

Achtung, Transportarbeiter! Mittwoch, den 21. April, abends 8 1/2 Uhr (pünktlich): Mitglieder-Versammlung im großen Saale der Union-Festhalle, Neusäßstraße 51, Hof, eine Treppe. Bei der wichtigen Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Landsberg über „Tuberkulose“ und der Geschäftsbericht über das 1. Quartal 1912 usw., ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Im Allerheiligenshospital verstorben ist am Sonntag die 21 1/2 Jahre alte Gertrud N., deren Vater, ein Tischergeselle, und Mutter im Zuchthause sind. Das Kind hat allem Anschein nach vom Alkoholismus, an dem die entarteten Eltern das kleine Weib erkrankten ließen, an einer Eiterflechte gelitten, die auch den Tod herbeigeführt hat.

Unfall. Am Sonnabend nachmittag fiel einem Kutscher, der eine schwere Kiste in das Haus Neusäßstraße 45 tragen wollte, vor dem Eintritt in das Haus auf dem Bürgersteig die Kiste von der Schulter herab und traf die fünfjährige Tochter eines Schlossers, die an einem Fuße schwer beschädigt wurde.

Gefundene Geldkassette. Hinter einer Anschlagtafel auf dem Christophorusplatz wurde eine braunlackierte, erbrochene Geldkassette gefunden, die 22 Zentimeter lang, 17 Zentimeter breit und 9 Zentimeter tief ist. Vermutlich rührt die Kassette von einem Diebstahl her. Der Eigentümer wolle sich im Zimmer 55 des Polizeipräsidiums melden.

Gefunden wurden ein Beutel enthaltend drei Schlüssel, ein goldenes Halsketten mit herzoglichem Anhänger, ein Verensabzeichen, ein schwarzer Damensack, eine Perrenweste, eine elektrische Glühlampe, vier Portemonnaies mit Inhalt. Zu erfragen im Fundbureau des Polizeipräsidiums.

Neueste Nachrichten.

Die Wehrvorlage im Reichstag.

Berlin, 22. April. Bei der morgigen Fortsetzung der Debatte werden für die Konservativen Gans Edler zu Puttk, für die Nationalliberalen Bassermann und für die Freisinnigen Müller-Meinungen sprechen. Die „Freisinnige Zeitung“ meint: Der Reichstangler kam über die bei solchen Gelegenheiten üblichen Redewendungen nicht hinaus. Ueber die Deckungsfrage setzte er sich mit einigen kühnen Redemendungen hinweg. Der „Vorwärts“ nennt die Regierungsvorträge, die gestern gesprochen, sämtlich Sachwalter einer witzigen Minderheit, die in ihrem Niedergange einen brutalen Schrei nach einer Gewaltpolitik innerhalb der eigenen Grenzpläne wie in der Westpolitik ausstößt, und sieht in der deutschen Sozialdemokratie die stärkste Friedensbürgschaft.

Der erste Mai als Feiertag in Belgien.

Brüssel, 23. April. Der Stadgemeinderat von Brüssel beschloß auf Antrag der Sozialisten und mit Unterstützung der Fortschrittler, den 1. Mai als Feiertag für die Schüler und für die städtischen Beamten zu erklären. Es heißt, daß in der nächsten Zeit auch andere größere Stadtgemeinden dem Beispiele Brüssels folgen werden.

Der Hagende Spion.

Essen a. d. R., 23. April. Der wegen Spionage verurteilte englische Leutnant Brandon reichte eine Privatklage wegen Verleumdung gegen die „Ameisich-Westfälische Zeitung“ ein. Diese Zeitung hatte behauptet, Brandon habe einen Fluchtversuch aus dem Festungsaesängnis in Wesel unternommen. Die Meldung des Blattes war aber unzutreffend.

Zur „Titanic“-Katastrophe.

London, 23. April. Schreckliche Szenen, die sich bei der Rettung der Passagiere an Bord der „Titanic“ abgespielt haben, werden von den Ueberlebenden der Katastrophe geschildert. Wie die meisten Schilderungen der Ueberlebenden sehr zum Unterschied von den ersten Meldungen beinahe übereinstimmend berichten, ging es bei der Ausschiffung der Frauen und Kinder durchaus nicht so ruhig und ordentlich zu, sondern wahre Kämpfe um die Plätze in den Rettungsbooten spielten sich nicht nur unter den Frauen selbst, sondern auch unter den Männern mit den Frauen ab. In dem furchtbaren Gedränge wurden mehrere Säuglinge von der Brust der Mutter weggerissen, (N) zu Boden geworfen und zu Tode gedrückt und getreten. Einige von den Frauen wurden niedergedrückt und als man sie tot aufgehob, war ihnen der Brustkorb förmlich zertrümmert und einabgedrückt. Andere sind an Bord der „Carpathia“ ihren schweren Verletzungen erlegen. (Man wird hinter diese Meldung ein großes Fragezeichen setzen müssen.)

Berlin, 23. April. Die Deutsche Seeverbundgenossenschaft hat bei den Reichsbehörden die Eröffnung einer internationalen Konferenz angeregt, die die Frage der Sicherheit der Seefahrten an Schiffahrtsverkehr regeln soll.

Gegen die Ausweisung der Italiener.

Konstantinopel, 23. April. Der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Freiherr Marischall v. Bieberstein veranlaßte die türkische Regierung, entgegen den gestern ausgegebenen Befehlen, die Ausweisung der in Konstantinopel und in der gesamten Türkei vorhandenen Italiener noch auf kurze Zeit hinauszuschieben.

Streikbewegung in Amerika.

New York, 23. April. Der Streik der Kohlenbergleute ist seiner Beilegung nahe. Es ist eine Verständigung über die wichtigsten Punkte erzielt worden. Dagegen droht neuer, ins ein erster Streik der Lokomotivführer auf fünfzig städtischen Linien. Die schon lange schwebenden Unterhandlungen sind durchaus resultatlos verlaufen. Der Ausbruch des Streiks, der bis in die geringsten Einzelheiten vollkommen vorbereitet ist, wird sündlich erwartet. Der Streik soll mit aller Energie durchgeführt werden und dürfte einer der hartnäckigsten Streiks werden, die Nordamerika erlebte.

Paris, 23. April. Aus Paris wird gemeldet, daß die Aufrührer die Häuser der Franzosen sorgfältig mit Werktuchen versehen hätten und daß nur Franzosen in niedriger Menge worden seien. Von anderer Seite wird berichtet, daß auch vier Spanier, darunter ein Arzt, vermißt würden, die wahrscheinlich während des Aufruhrs den Tod gefunden hätten.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Anfragen sind nur ansonst zu erwarten. **B. Böpelwitzstraße.** Wenn Sie sich dazu nicht verpflichtet haben, kann nicht verlangt werden, daß Sie die Zeitschrift das ganze Jahr abnehmen und bezahlen. **M., 2000.** Liebt kein schriftlicher Mietvertrag vor, so muß der Wit die Kündigung am dritten Werktage bis abends annehmen; haben Sie einen schriftlichen Vertrag abgeschlossen, dann gelten dessen Vorschriften. **Herrmann, 147.** Elektrizitätswerke Schloß A. G., Ueberlandstraße in Breslau 13, Kaiser Wilhelmstraße 43. **S. H.** Anonyme Anfragen beantworten wir nicht. **H. N., Anderseestraße.** 1. Im Jahre 1910 hatten wir 5000, am 27. März. 2. Die Frau muß sich den Taufschein besorgen. Erkundigen Sie sich im Konsulat. **S. Witzke.** Selbstverständlich müssen Sie sich den ärztlichen Vorschriften fügen. Sprechen Sie mit dem Arzt; vielleicht kommt er Ihren Wünschen entgegen. **H., Neustadt 23.** Beachten Sie sich, das Inserat ist bis auf eine veraltete Redewendung hinsichtlich einwandfrei. **B. Schwientochlowitz.** Landes- Versicherungsanstalt Schlesien in Breslau 13, Börsenplatz 8. Den Antrag auf Heilverfahren können Sie auch bei der dortigen Gemeindebehörde stellen. Bei schweren organischen Erkrankungen des Nervensystems übernimmt die Anstalt das Heilverfahren nicht. Dem Antrag ist ein Arztgutachten beizufügen. für das von der Anstalt 6 Mark gezahlt werden, wenn das Heilverfahren übernommen wird.

Wetternachrichten der Universitäts-Wetterwarte.

Nach Bresl. Zeit, d. 1. d. d. S. + 8 Min.	21. April	22. April	23. April
	Nm. Allbr.	Nm. Allbr.	Nm. Allbr.
Auftwärm. (C)	+14.5	+12.1	+16.2
Auftdruck (mm)	759.2	753.9	757.1
Windrichtung (mm)	8.2	6.3	8.8
Windstärke (mm)	8.2	8.2	8.2
Wind (10-12)	8.2	8.2	8.2
Wetter	heiter	heiter	heiter

Höhe der Niederschläge seit gestern früh: 3.20. Gestern vormittag Regen. ^{*)} Zur Reduktion auf Meeressniveau sind 13,1 mm hinzuzufügen.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Regel in Höhe über Meer	Regel in Höhe über Meer	Regel in Höhe über Meer	Regel in Höhe über Meer	Regel in Höhe über Meer	Regel in Höhe über Meer	Regel in Höhe über Meer	Regel in Höhe über Meer						
Regel in Höhe über Meer	Regel in Höhe über Meer	Regel in Höhe über Meer	Regel in Höhe über Meer	Regel in Höhe über Meer	Regel in Höhe über Meer	Regel in Höhe über Meer	Regel in Höhe über Meer						
23. 4. 11.59,0	8.912.55	0.14	3.74	1.55	—	11.24	6.99	5.02	1.22	10.74	1.79		
22. 4. 11.56,0	8.712.25	—	3.70	1.34	4.53	2.59	1.33	1.14	5.08	1.12	1.00	1.82	
Wittel	11.58,9	9.812.12	0.42	2.48	2.07	4.07	2.38	1.58	1.56	5.04	0.14	1.88	0.45

^{*)} Auswertungshöhe: Rothly 3.50; in Treiben (Ober) Ober-Niederung 8.27.

Rechnungen der städtischen Markt-Motoren-Kommission.

Wagen, welcher neu	Wagen, welcher neu	Wagen, welcher neu	Wagen, welcher neu	Wagen, welcher neu	Wagen, welcher neu	Wagen, welcher neu	Wagen, welcher neu
22 20	21 20	21 20	21 20	20 20	20 20	20 20	20 20

Breslau: Wehrmarkt. Wehr. fester, ver 100 Kilo holl. Gold brutto 29.00. Wehr. fester, ver 100 Kilo holl. Gold brutto 29.00. Wehr. fester, ver 100 Kilo holl. Gold brutto 29.00. Wehr. fester, ver 100 Kilo holl. Gold brutto 29.00. Wehr. fester, ver 100 Kilo holl. Gold brutto 29.00.

Berjammlungen und Vereine.

- Gewerkschaftshaus.** Dienstag, den 23. April: **Beizer und Polierer.** Berjammlung im Zimmer 5. **Mittwoch, den 24. April:** **Metallarbeiter-Verband.** General-Berjammlung im großen Saale. **Radiobrer.** Berjammlung im Zimmer 1. **Schuhmacher-Verband.** Berjammlung im Zimmer 2. **Schiffzimmerer.** Berjammlung im Zimmer 3. **Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land-Neumarkt).** **Land-Distrikt 4. (Bezirk Prosch, Weide, Günter.)** Sonnabend, den 27. April, abends 8 Uhr in Weide: Mitglieder-Berjammlung. Wo, sagt der Vertrauensmann. Ein Redner ist anwesend. **Land-Distrikt 10 (Bezirk Paskowitz.)** Sonntag, den 28. April, nachmittags 3 Uhr in Paskowitz: Mitglieder-Berjammlung. Wo, sagt der Bezirksführer. Ein Redner ist anwesend. **Land-Distrikte 11 und 12. (Bezirk Robertow, Baumgarten, Krollwitz, Peltzsch, Domschau, Kunitz.)** Sonntag, den 28. April, vormittags 10 Uhr, nach der Landboienvorteilung, treffen sich alle Genossen in Robertow. Das Lokal wird von den Bezirksführern bekannt gegeben. Vortrag des Genossen Growig. Die Mitteilungsblätter sind mitzubringen. **Land-Distrikt 19. (Bezirk Gartlieb, Arietern, Rietendorf.)** Mittwoch, den 24. April, abends 8 Uhr, bei Weiler in Gartlieb: Frauen-Abend. Tagesordnung: 1. Lebensmittelwucher und Warenentwertung. Rednerin: Frau Behrens aus Breslau. 2. Die Verhältnisse im Bezirk Gartlieb. 3. Berichtendes. **Land-Distrikt 17. (Deutsch Siffa, Goldschmieden.)** Mittwoch, den 24. April, abends 8 Uhr, bei Siffa in Deutsch-Siffa: Frauen-Abend. Tagesordnung: 1. Mehr Schuß den arbeitenden Frauen und Kindern. Rednerin: Frau A. La w a c h s aus Breslau. 2. Freie Aussprache. 3. Berichtendes. **L. A. 2**

Deutscher Reichstag.

43. Sitzung. Montag, den 22. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Bethmann-Hollweg, Freiherr v. Seeringen, v. Tirpitz, Kühn, Lisso und Dr. Delbrück.

Die Wehrvorlagen.

Reichstanzler v. Bethmann-Hollweg: Beide Vorlagen sind das Ergebnis eingehender Prüfungen und Arbeiten der zuständigen Ressorts. Wir haben sie aber nicht vorgelegt im Hinblick auf eine unmittelbar drohende Gefahr. In der augenblicklichen europäischen Situation liegt kein Grund zur Beunruhigung. Trotz dem würden wir gewissenlos handeln, wenn wir unsere Rüstungen auf einem unternen entsprechenden Stand nicht erhalten würden. Das dieser Gedanke immer mehr Gemeingut der Nation geworden ist, dafür zeugen die zahlreichen Stimmen, die aus dem Volke selbst gekommen sind. (Schallende Heiterkeit b. d. Soz., lebh. Zust. rechts.) Diese Stimmung beruht nicht auf kriegerischen Gelüsten, Deutschland ist kriegerisch, wenn ihm ein Krieg aufgezwungen werden sollte. Sündel sucht es aber nicht. (Beifall rechts.) Eine starke Rüstung ist für die Erfüllung aller unserer Zwecke und Ziele nötig, wir brauchen eine starke Rüstung nicht nur zur Abwehr eines Angriffes auf uns, sondern auch zur Wahrung unserer Stellung im Frieden. (Sehr richtig! rechts.) Gerade diejenigen, die den Frieden wünschenswert finden, sind der Ansicht nicht vertrieben, daß für Deutschland mit der gegenwärtigen Lage im Herzen Europas eine starke Wehrmacht die sicherste Friedensbürgschaft ist. (Sehr richtig! rechts.) Die Beziehungen der Nationen breiten sich immer weiter über den Erdball aus. Dadurch werden zweifellos die friedlichen Berührungspunkte vermehrt. Aber in dem Konkurrenzkampf der materiellen Interessen treten auch neue Konfliktsmöglichkeiten hervor. Bedauerlich sind die alarmierenden Gerüchte, die bei uns und anderswo, vielleicht

im mißverständlichen Patriotismus

in erregten Prepartikeln ausgetrieben werden, um die nötigen Rüstungsmittel zu fördern. Sie stören Handel und Wandel und stiften keinen Nutzen. (Sehr richtig!) Keine Regierung einer Großmacht wünscht mit uns einen Krieg. (Sehr richtig! links.) Aber sehr häufig sind die Kriege nicht von den Regierungen geplant, sondern die Völker sind durch lärmende und fanatisierte Minderheiten in den Krieg hineingetrieben worden. (Sehr richtig! links.) Diese Gefahr besteht noch heute und wehe dem, dessen Rüstung dann lückenlos wäre! Auch unser Ansehen und unsere Wohlfahrt im Frieden hängen von einer starken Rüstung ab. Nach unserer Wehrkraft bemisst man unseren Wert als Freund und Bundesgenossen und das Gewicht unseres Wortes in internationalen Fragen. (Bravo! rechts.) Es wäre ein Unrecht gegenüber diesem Hause und unbillig gegenüber dem Vertrauen in die opferwillige Vaterlandsliebe der Nation, würde ich zur Begründung notwendiger Rüstungen einen nahen Krieg an die Wand malen. Auch der Reichstag muß dem Lande einen Dienst erweisen, wenn er ihm das, was für seinen Schutz und Sicherheit notwendig ist, im Gefühl nicht erregter Befürchtungen, sondern ruhiger und ernster Entschlüsse gewährt. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Nun zur Deckungsfrage.

Es ist gewiß keine leichte Aufgabe, jetzt schon wieder mit neuen Steuerforderungen zu kommen. Niemand hat das klarer erkannt, als der bisherige Leiter der Reichsfinanzen. (Stürm. Gelächter links, Zuruf b. d. Soz.: Wo sitzt er denn? Or Heiterkeit.) Gewiß kann keine Armee ohne die Rückdeckung starker Finanzen agieren. Aber eine starke Armee ist zugleich das sicherste Fundament guter Finanzen. (Beifall rechts und im Zentrum.) Auch der Reichstag wird die Schwere der Verantwortung fühlen, die ihm mit der Lösung der Deckungsvorlage auferlegt ist. (Sehr richtig! links.) Hoffentlich ist er mit den verbündeten Regierungen einig in dem Willen, die Ausgaben für notwendige Rüstungszwecke nicht zum Ausgangspunkt eines neuen Leidensweges der Reichsfinanzen zu machen. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Die öffentliche Kritik hat unserem Finanzplan vielfach den Vorwurf mangelnder Solidität gemacht. Der Schatzsekretär wird darlegen, daß der Vorwurf unberechtigt ist. (Zuruf b. d. Soz.: Warum nicht Wermuth?) Die Ausdehnung der Erbschaftsteuer hätte uns etwa 60 Millionen gebracht, gegenüber 36 Millionen, die wir von der Aufhebung der Liebesgabe erwarten. Kann man wirklich behaupten, daß eine Differenz von 25 bis 30 Millionen bei einem Milliardenetat unsere Vorschläge von vornherein zu unzulässigen Vorschlägen fesseln muß? Ueberhaupt sprach bei der Kritik an unseren Finanzplänen mehr als finanzielle Erwägungen das Mißbehagen darüber mit, daß wir die Erbschaftsteuer nicht mit eingebracht haben. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben auf die Erbschaftsteuer verzichtet, weil wir mit den Erträgen aus der

Aufhebung der Liebesgabe

auszukommen gedenken, und weil wir die Kluft zwischen den bürgerlichen Parteien nicht vergrößern wollen. (Lachen links.) Die linksliberale Presse hat mir vorgeworfen, daß ich die weit entgegengesetzte Hand der sozialdemokratischen Fraktion zurückgemessen hätte. (Lachen rechts.) Gibt uns diese Hand die Wehrvorlage? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nein!) Das habe ich auch in Ihrer Presse gelesen. Nicht dem Genuß zu Liebe und dem Anderen zu Liebe haben die verbündeten Regierungen von der Umbringung der Erbschaftsteuer abgesehen, sondern aus dem einfachen Grunde, weil sie, statt sich eine Majorität für den Entwurf zu sichern, lediglich der Verbitterung unter den Parteien Vorschub geleistet hätte, während doch gerade in der Frage der Wehrhaftigkeit größtmögliche Einmütigkeit herrschen sollte. (Beifall rechts.) Ich bitte daher die Linke, die vorgeschlagene Aufhebung der sogenannten Liebesgabe nicht darunter leiden zu lassen, daß die Erbschaftsteuer nicht auf das Tapet gebracht worden ist. (Lachen links, Zustimmung rechts.) Sie haben die Liebesgabe früher bekämpft und sollten diesem Grundsatze treu bleiben. (Heiterkeit und sehr richtig! rechts.) So sehr es der Linken am Herzen liegen mag,

den unzulässigen Streit über die Erbschaftsteuer

jetzt zum Austrag zu bringen, so werden Sie doch kein wahres Interesse des Landes dadurch wahrnehmen, daß die nationale Frage unserer Wehrkraft durch diesen Streit verzerrt wird. Die Annahme der Wehrvorlagen ist ein Erfordernis, das hoch über den Parteikämpfen stehen sollte. Je mehr diese Kämpfe dabei ruhen, desto stärker kommt der nationale Wille zum wirkungsvollen Ausdruck. Es wird nichts verlangt, was nicht zum Nutzen der Wehrorganisation des Reiches nötig wäre. Keine Anforderung wird an die Opferwilligkeit der Nation gestellt, die an das Maß dessen auch nur heranreicht, was andere Völker für die Rüstungen ausgeben. (Sehr wahr rechts! Widerspruch links.) Durch die Zustimmung zu den Wehrvorlagen geben Sie der Welt einen neuen Beweis für die ungebundene Vaterlandsliebe der Nation. Eine solche und eine unzulässige Genehmigung der Vorlagen dient nur der Erhöhung des Ansehens und der Machtstellung Deutschlands. Wo etwa die Berechnung auf Parteivorteile aufstehen würde, wird sie zu Schanden werden, wie sie noch immer entgegen der seit unserer nationalen Wiedergeburt. Ich gebe mich der unersichtlichen Hoffnung hin, daß bei Ihren Entschlüssen über die Vorlagen nur der Einheitsgedanke und die

einsichtsvolle Vaterlandsliebe, die die Nation befehlen, das entscheidende Wort sprechen werden. (Beifall bei allen bürgerlichen Parteien.)

Preussischer Kriegsminister von Seeringen:

Die Erfahrungen des Jahres 1911 zeigten uns, daß die Anforderungen, die wir mit den Vorlagen von 1909 und vom März 1911 erhoben hatten, auf die Dauer nicht genügen würden. Den Nachweis für die Verschiebung der militärischen Lage Deutschlands werde ich in der Budget-Kommission führen. Jedenfalls ist eine altschabigkeits Verstärkung des Heeres und seiner Kriegsfähigkeit unbedingte Staatsnotwendigkeit. Es handelt sich dabei nicht um eine unumgängliche Verstärkung, sondern die Ueberlegenheit der deutschen Armee muß nach wie vor in der Bewaffnung, in der Organisation und Ausbildung sowie in dem opferwilligen militärischen Geist der Soldaten und des ganzen Volkes liegen. Die jetzige Vorlage soll vor allen Dingen die innerliche Schlagfertigkeit der Armee festigen, und zwar soll das so schnell als möglich erfolgen. Deshalb wird vorgeschlagen, die geplanten Maßnahmen, so weit irgend annehmbar, zum 1. Oktober d. J. ins Leben zu rufen. Es handelt sich um eine schnellere Durchführung des Friedenspräparates, und um seine Ergänzung, weil sonst die Verstärkung der Mannschaften erst in 2 bis 3 Jahren eintreten würde. Wir verlangen die Schaffung zweier neuen Armeekorps, und die Bildung einer weiteren, der 7. Armeedivision. (Der Minister zählt dann im Einzelnen die Neuforderungen auf, darunter zum Schluß

eine Fliegertruppe

um die überragende Entwicklung der Erfindung auch für das Militär auszunutzen zu können.) Auch die gewünschte Verbesserung der Löhne der Gemeinen ist in Aussicht genommen. Noch wichtiger ist eine Vermehrung der Generalstabsoffiziere und Hauptleute.

Die Erweiterung und Vertiefung unserer Friedensausbildung hat die militärische Arbeit auf allen Gebieten gesteigert. Wir können auf diesem Gebiet nicht still stehen, wenn wir auch nicht so weit gehen werden, wie unser westlicher Nachbar. Daher müssen wir auf dem Weg der Vermehrung des Personals fortzuschreiten, was auch nötig ist für die unbedingte erforderliche Vermehrung des Offizierkorps. Wir haben nur das unbedingte Nötige gefordert, und haben das Vertrauen zum Reichstag, daß er in einer Frage, an der unter Umständen die Existenz Deutschlands hängt (Zuruf links), ohne Unterschied der Parteien nicht versagen wird. (Beifall rechts.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz:

Die neuen Marineforderungen sollen keineswegs die durch das Flottengesetz festgelegte Flottenpolitik ändern, sondern nur einige Mängel beseitigen. Bei der Entlassung der Reservisten im Herbst wird fast ein Drittel der ausgebildeten Leute durch Rekruten ersetzt, und die Schlagfertigkeit der Flotte wird dadurch plötzlich und auf längere Zeit herabgesetzt. Eine Verjüngung oder Wiedergewinnung dieses Mischstandes ist ohne erhebliche Verstärkung der aktiven Streitkräfte nicht möglich; aber bei der Bedeutung die unsere Flotte gewonnen hat, ist seine Beseitigung dringend geboten, zumal heute jede Nation mit der Möglichkeit eines plötzlichen Kriegsausbruches rechnen muß. Darin liegt die zwingende Notwendigkeit für die sofortige Verwendung eines erheblichen Teiles der Flotte zu sorgen. (Sehr richtig! rechts.) Die Rekruten der neuen Vorlage sollen auf eine Reihe von Jahren verteilt werden, sie sind verhältnismäßig nicht groß. (Zuruf links: Na, es geht!) Der Marineetat wird bis zum Jahre 1917 nicht wesentlich steigen; gegenüber den geringen Kosten im Vergleich mit früheren Vorlagen ist der militärische Effekt der Vorlage sehr groß. Der patriotische Sinn des hohen Hauses wird der Vorlage sicherlich nicht die Zustimmung verweigern. (Beifall rechts.)

Staatssekretär des Reichsschatzamtess Kühn:

Im Jahre 1909 ist fest und zielbewußt ein Weg bestritten worden, der uns aus der Finanzmisere herausführen sollte. Diesen Weg dürfen wir nicht wieder verlassen. (Lachen links.) Wir dürfen einmal schneller, einmal langsamer gehen, aber nicht wieder zurück. Neue Anleihen dürfen nur werden den Zwecken dienen, neue große finanzielle Forderungen dürfen nicht bewilligt werden, ohne daß Deckung geschaffen wird. Über Steuern auf Steuern können nicht geschaffen werden. (Lachen links.) Wenn man Jahrzehntelang an Steuererhöhungen gearbeitet hat, wie ich, wird man schließlich etwas steuerliche. Besonders müssen Massenverbrauchsartikel von Steuern frei bleiben, und wenn das nicht anständig ist, müssen sie ihrer Besteuerung neue Bahnen beschritten werden. Die Erbschaftsteuer, die von Parteien, die sonst nicht gerade bewilligungsfreudig sind, geradezu verlangt wird, ist ebenso drückend, wie alle anderen Steuern. Aber auch sie muß für Deutschland, wie für alle anderen Staaten

eines Tages kommen.

(Zuruf links: es ist ja eine große Mehrheit für sie vorhanden.) Im gegenwärtigen Moment können wir sie nicht vorschlagen, weil eine solche das ganze Volk erregende Maßnahme nur getroffen werden darf, wenn wir einer großen Aufgabe gegenüberstehen. Augenblicklich brauchen wir nur eine mäßige Deckung, die uns möglichst einmütig bewilligt werden muß, damit wir nicht dem Ausland ein Bild der Zerissenheit und Zerahrenheit bieten. Deshalb kamen die verbündeten Regierungen auf die Beseitigung der sogenannten Liebesgabe, die heute nicht mehr die Bedeutung hat, wie früher. Dem Einwand, daß der Konjunkt der Last der Aufhebung der Liebesgabe tragen würde, stehe ich sehr kühl gegenüber. (Zuruf aus dem Zentrum: Kühn!) Ich trage meinen Namen seit 60 Jahren, und alle seine Variationen dieser Art sind mir bekannt. (Heiterkeit.) Ich stehe dem Einwand deshalb so kühl gegenüber, weil ich in der

Abnahme des Branntweinverbrauches

so große Vorteile für die Volkskraft und Volksgesundheit einen so hohen Gewinn an ethischen Werten erblicke. (Lebhaftes Bravo! rechts, Heiterkeit links.) daß alle materiellen Schädigungen dahinter zurücktreten. Gegen unsere Absicht, den Ueberfluß von 1911 nicht ganz zu Tilgungszwecken zu verwenden, ist von sachkundiger Seite in einem Artikel „Der deutschen Revue“ neuerdings Stellung genommen worden. Ich bin dem Verfasser dankbar, daß er noch in letzter Stunde so beherzigenswerte goldene Worte in die Welt geschickt hat. (Lachen links, Zuruf: wahrhaft rührend!) Der Standpunkt dieses Artikels wird auch von den verbündeten Regierungen gebilligt, nur meinen wir, einen etwas größeren Teil des Ueberflusses von 1911 für andere Zwecke verwenden zu können. Im übrigen kann ich nicht dringender genug davor warnen, aus der Vorlage einen Schluß zu ziehen, daß unsere Finanzlage eine glänzende wäre. Treten neue große Ausgaben an uns heran und treffen die Voraussetzungen in bezug auf die zukünftige Gestaltung der Einnahmen nicht ein, so werden neue Steuern gefordert werden müssen. Wir lehnen den Vorwurf ab, daß wir die Finanzlage zu rosig oder zu dunkel sehen. Wir wissen, daß wir mit unserer finanziellen Lage bis an die äußerste untere Grenze herabgegangen sind. Wir wollen die Steuerkraft des Volkes schonen. Es muß eine Reserve da sein für die Stunde der Not. Eine Nation, die wie die unruhe unangenehm für die Abwehr eines Anarchistisches gerüstet zu sein hat, die muß ihr Pulver trocken und ihre Eisenadmequenzen flüssig haben. (Bravo! rechts.)

Abg. Haase (Soz.):

Als am 27. März 1911 das letzte Militärgesetz verabschiedet wurde, hat wohl niemand geglaubt, daß schon nach einem Jahre neue Militärforderungen erhoben werden würden, die das für fünf Jahre beschlossene Gesetz in einer bisher unerhörten Weise durchbrechen. Was hat das Unannehmliche da überhaupt noch für einen Sinn? Die Regierung bindet den Reichstag für fünf Jahre. Dieser gibt dafür das wichtige Budgetrecht preis, die Regierung behält aber freie Hand. Das Volk muß deshalb wieder darauf gefaßt sein, daß mit der Bewilligung dieser Vorlage keinesfalls bis 1917 alle weiteren Forderungen abgemittelt sind. (Sehr wahr links.) Schon sind neue Forderungen in der Presse angekündigt. Es klingt wie ein Hohn, wenn man versichert, daß das Unannehmliche eine gewisse Zielgleichheit gewähre und Vererbung schaffe. Kann es eine stärkere Vererbung geben, als wenn die Regierung alles über den Haufen wirft, was sie ein Jahr vorher vertreten hat? (Sehr richtig! links.) Damals sagte der Kriegsminister, die Bewilligung von 11 000 Mann genüge vollständig. Heute ist die Erlaubnis Deutschlands gefährdet, wenn nicht 20 000 Mann bewilligt werden. Was soll nun der Reichstag und das Volk vertrauen, dem Seeringen von 1911 oder dem von 1912? (Zuruf bei den Soz.: Keinem!) Welchen Wert können die Urteile der militärischen Sachverständigen da noch haben? Die Behauptung, daß die unvergehrte Änderung der auswärtigen Lage die Wehrevorlage bedinge,

hat der Reichstanzler heute selbst widerlegt.

Er hat selbst gesagt, daß keine unmittelbare drohende Gefahr vorliege. Anders der Kriegsminister. Er deutete geheimnisvoll an, daß irgendwo eine Gefahr bestände, und daß er in der Kommission darüber Aufklärung geben wolle. Wir sind deshalb heute genau so klug wie zuvor. Man komme nicht mit Frankreich. In Frankreich hat keine Vermehrung der Wehrkräfte des Heeres stattgefunden, sondern nur eine Verchiebung innerhalb der Wehrorganisation. Im übrigen braucht Frankreich seine Soldaten noch für lange Zeit zum Schutze seiner Kolonien und zur Verhütung Marokkos, so daß uns von dort eine unmittelbare Gefahr nicht droht. Tatsächlich ist Frankreich auch an der Grenze seiner militärischen Leistungsfähigkeit angelangt, und ein Vergleich zeigt die gewaltige Ueberlegenheit Deutschlands in der Gebietsgröße vor Frankreich. Wir fragen deshalb immer wieder:

was hat die Regierung dazu getrieben,

jetzt nach kaum Jahresfrist mit einer neuen Wehrevorlage zu kommen? Heute haben wir vergeblich auf eine Begründung gewartet. Nur Redensarten über Redensarten haben wir gehört. (Sehr richtig! links.) Die Rede des Kanzlers stellte ein altes sehr bekanntes Klischee dar. Es war eine Rede, wie sie unsere Oberlehrer gewöhnlich bei der Sedanfeier halten. (Heiterkeit und sehr gut! links.) Mit dieser Rede kann man jeden Tag jede Vorlage auch mit den Doppelten und dreifachen Forderungen begründen. Meine Partei denkt nicht daran, das Reich mehr los zu machen. Aber den Eroberungselben treten wir entgegen, die sich innerhalb unseres Volkes bemächtigen. (Zuruf rechts: Wo denn?) Lesen Sie Ihre Presse. Wir wollen unser Land verteidigen gegen etwaige räuberische Ueberfälle. Aber dazu eignet sich am besten

ein demokratisches Volksherr.

Sie läßt sich einmal nicht so leicht zu Eroberungskriegen gebrauchen und die Schwäche hat ja auch Anerkennung und Bewunderung bei hervorragenden militärischen Sachverständigen gefunden. Wenn der deutsche Kaiser in diesem Jahr in der Schweiz die dortigen Truppen besichtigen wird, so wird er sich hoffentlich ein anderes Bild von der Dürftigkeit dieser Märg machen, als er heute ansehend hat. Ein Staat nach dem andern befreundet sich mit der Militz. Nur die mächtigen Nutznießer der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung wollen von ihr nichts wissen, weil das Volk: hier sich nicht gegen den inneren Feind verwenden läßt. Ich erinnere an die Vorgänge der letzten Zeit. In's Ruhr vier wurde während des letzten Streiks Militär geschickt, und nach Manskeld wurden Maschinengewehre entführt, obwohl doch gar keine Unruhen vorgekommen waren. Einem System, das so vorant, kann die Sozialdemokratie auch nicht die Spur von Sympathie entgegenbringen. Die Arbeiter würden selbstmörderisch handeln, wenn sie zur Stärkung dieses Systems etwas beitragen würden. Untere Parole bleibt da er noch wie vor:

diesem System keinen Mann und keinen Groschen.

(Zustimmung bei den Soz.) Wir wissen, daß die Militz nicht von heute auf morgen durchgeführt werden kann, und deshalb stellen wir eine Reihe von Forderungen, die innerhalb der bestehenden Wehrevorlage den Soldaten Erleichterungen bringen: Die Verabsiegung der Dienstzeit für die Kavallerie, die Befreiung des Einjährig-Freiwilligen-Privilegs, und anderes mehr. Nun werden von uns auch Bewilligungen für die Flotte verlangt. Seit Deutschland den Dreizeh in die Hand genommen hat und überall dabei sein will, wo ein Platz an der Sonne zu erobern ist, hat sich der Imperialismus mächtig entwickelt. Immer neue Reibungen zwischen den Nationen werden dadurch hervorgerufen. Das Finanzkapitel sucht Anlage in fremden Ländern, und das Industriekapitel sucht Absatzgebiete gegebenenfalls mit Gewalt.

Der italienisch-türkische Krieg

Ist dafür ein Mutterbeispiel, und in China liegt das internationale Kapital heute fertig auf der Lauer, um, wenn die Gelegenheit günstig ist, wiederum Eroberungen zu machen. Die Auflösung der Dardanellenfrage ruft allerdings Besinnungen hervor. Aber es ist ein ungeheures Mittel, die Rüstungen zu steigern, um diesem Zustand der Spannung entgegen zu wirken. Im Gegenteil, die fortgeschrittenen Rüstungen steigern die Gefahr des Weltbrandes. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Jede Rüstung eines Staates reizt den anderen Staat auch zur Rüstung. Unsere Vorlage gibt sicherlich das Signal zu weiteren Rüstungen anderer Länder. Wohin soll das führen? Das Ende kann nur sein: ein Ende mit Schreden. Alles sollte deshalb verüht werden, um diesem Wahnsinn Halt zu gebieten. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt — darin stimme ich dem Reichstanzler zu — schafft allerdings Konfliktsmöglichkeiten. Aber deswegen ist ein Weltkrieg nicht unvermeidlich. So sicher es ist, daß der ewige Friede, an den große Völker geglaubt haben, kommen wird, sobald die großkapitalistische Wirtschaftsordnung durch den Sozialismus abgelöst ist. (Lachen rechts), so wäre es doch eine Illusion zu glauben, daß in diesem Augenblick unter den kapitalistischen Staaten eine völlige Abrüstung herbeiführen möglich wäre. Aber was sehr wohl durchführbar ist, ist eine Wandlung,

eine Einschränkung der Rüstungen.

Unser Reich ist mächtig genug, daß es nicht als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden kann, wenn unsere Regierung in dieser Beziehung den ersten Schritt tut. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Reichstanzler erklärt hat, das Ansehen des Reiches würde gesteigert, wenn sein Heer und seine Flotte größer würden, so erkläre ich demgegenüber, daß unser Ansehen durch friedliche Taten deutscher Kultur am meisten auch in den Augen der anderen Völker gehoben werden kann. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Es geht ja den Staatsmännern diese Erkenntnis auch von Zeit zu Zeit auf, daß der gegenwärtige Zustand auf die Dauer unhaltbar ist, daß ein Gesundungsprozess eingeleitet werden muß. Noch vor kurzem hat der englische Schatzsekretär bei seiner Staatsrede ausdrücklich hervorgehoben, daß diese Lasten für die Völker untragbar würden. König George sagte: „Die

ungeheuren Ausgaben für die Rüstungen beschränken den Staat in seiner Tüchtigkeit für dringende soziale Bedürfnisse. (Hört, hört! und sehr richtig! b. d. Soz.) Ganz bedeutende Werte, die für weit bessere Zwecke verwendet werden können, werden durch militärische Anlässe von Militärischen entzogen, die von Zeit zu Zeit die zivilisierte Welt bestallen. Solche epideemische Ausfälle über uns heraufzubestimmen, scheint mir nicht Aufgabe unserer Regierung zu sein. (Vielst) stellt man es so dar, als ob wir uns deswegen eifern müßten, weil uns von England große Gefahr droht. Das Zentrum verweise ich demgegenüber auf einen Artikel der „Germania“, der vor kurzem erschienen ist mit der Ueberschrift „Englands Schwäche“. Ich verweise ferner darauf, daß in einem Artikel der „Kreuzzeitung“ vom 14. April mit aller Entschiedenheit die populäre Auffassung, wie der Verfasser sie nennt, zurückgewiesen wird, als ob England im letzten Jahre über uns habe herfallen wollen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Artikel läuft darauf aus, nachzuweisen, daß England auch in Zukunft nicht darauf ausgehen könne, einen Präventivkrieg gegen Deutschland zu führen oder Deutschland zu überfallen. Wenn das richtig ist — und ich unterschreibe es — dann muß bei gutem Willen eine Verständigung über die Einschränkung der Rüstungen möglich sein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Reichsanzler sagte heute,

Von keiner Regierung werde ein Krieg gewünscht.

Nun, wenn die Regierungen alle so friedliebend sind, dann müßte es doch wenigstens den Regierungen ein Leichtes sein, zu einem Einvernehmen zu kommen, und es könnte ja dann den Parlamenten überlassen werden, ob sie den Schritt ihrer Regierungen billigen, oder nicht. Ich glaube, der Reichskanzler kann ganz unbesorgt sein, das deutsche Parlament wird, ganz gleich wie die Abstimmung über die Deeresvorlage ausfällt, dann, wenn er eine solche Verständigung herbeigeführt hat, sein Siegel auf diese Verständigung drücken. Der Reichskanzler meint freilich, ein Volk lasse sich leicht von einer fanatisierten Minderheit zum Kriege aufheizen. Nun, die 4 1/2 Millionen, die bei den letzten Reichstagswahlen für die Sozialdemokratie gestimmt haben, sind sich darüber klar gewesen, daß sie sich nicht fanatisieren und in einen Krieg hineinziehen lassen. (Sehr wahr! bei den Soz.) In diesem Wahlkampf hat gerade die Frage unserer Rüstungen, die Frage des Imperialismus, die Frage eines Krieges eine große Rolle gespielt, und überall haben unsere Redner jubelnde Aufnahme gefunden, wenn sie sich mit aller Schärfe ausgesprochen gegen einen Krieg und gegen weitere Rüstungen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Allerdings gibt es eine Minderheit auch im deutschen Reich, die zum Kriege geht, aber diese Herren stehen politisch dem Reichskanzler sehr viel näher als uns. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Reichskanzler wird ja auch die Presse der Schwerindustrie verfolgen und wissen, welcher Chauvinismus sich dort breit macht, wie immer die Kriegstrompete geblasen wird. Mit einer

geradezu himmelschreienden Gewissenlosigkeit

wird von diesen Kreisen immer wieder zum Kriege gehetzt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn also der Reichskanzler verschütten will, daß eine kleine Minderheit das Volk in den Kriegstaukel hineinreißt, sollte er sein Augenmerk richten auf die geradezu gemeingefährliche Tätigkeit des Flottenvereins und des Wehrvereins. (Sehr wahr! bei den Soz.) Außerdem gibt es noch eine kleine, aber einflußreiche Gruppe von Junkern, die durch Ruhmglut geleitet werden, die gern in einem fröhlichen Krieg Vorbeeren ernten wollen und Stellen für ihre Söhne. Diese Vorlage liefert den klaren Beweis dafür, daß die Regierung sich in Schlepptau nehmen läßt von diesen Scharmachern und Kriegstreibern. Die Regierung sollte schon deshalb für eine Einschränkung der Rüstungen wirken, weil das deutsche Volk in den Rüstungen erdrückt wird, und weil die Wirkungen eines Weltkrieges, der dadurch in gefährdeter Nähe gerückt wird, so grauenvoll sein würden, wie es selbst die Fantasie eines Dante nicht ausmalen könnte. Im vorigen Jahre sind 11 000 Mann für die Heeresvermehrung bewilligt, in diesem Jahre sollen es 29 000 Mann sein, das sind bereits 40 000, außerdem soll das Personal der Flotte vermehrt werden. Rechnen Sie dies Personal, wie es bis zum Jahre 1921 nach der Vorlage komplett sein soll, hinzu, zählen Sie hinzu die Zahl der Offiziere, Unteroffiziere und Beamten, so kommen wir auf einen Zuwachs von etwa 64 000 Personen.

Diese Last wird auf die Dauer auch für das operwilligste Volk zu schwer.

Und was wird, wenn es zum Kriege kommt? Die Benutzten werden sich eine Vorstellung davon machen, was ein moderner Krieg bedeutet. Es hat vor kurzem in Breslau in einer Versammlung unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Bierhaus ein Hochschuldoyent v. Fischer einen Vortrag gehalten, in welchem er auf Grund der Erfahrungen im deutsch-französischen Kriege bei einem Kombattantenstand von 3 Millionen herausrechnet, wie viel künftig ein Krieg kostet, und er kommt dabei auf die Summe von 18 Millionen Mark täglich. (Hört, hört! b. d. Soz.) Aber die Summe ist noch viel zu niedrig. Wenn wir die Kosten der Flotte hinzurechnen, so kommen wir sicher auf 25 Millionen und mehr pro Tag. Wenn gegenwärtig der Vorschlag gemacht wird, den Kriegsschatz auf 250 Millionen zu vermindern und einen Friedensschatz von 250 Millionen zu schaffen, so sind das bei den Kosten, die jeder Tag eines künftigen Krieges verschlingt, einfach Tropfen auf einen heißen Stein.

Schlummer noch als diese Last ist

der Zusammenbruch des Wirtschaftslebens,

wenn es wirklich zum Kriege kommt. Ganges Industrien werden die Arbeiter entzogen, Hunderttausende von Handwerkern und Bauern werden ihrem Beruf entzogen, das Kreditwesen muß den schwersten Schlag erleiden. Schon deswegen muß man alles versuchen, diese Gefahr zu mildern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Mit großer Emphase erklärte der Reichskanzler, die Kosten für Meer und Marine auf den Kopf der Bevölkerung seien in Deutschland nicht groß. Man muß eben in Betracht ziehen, auf welches Entkommen diese Kosten fallen, und da kann man Deutschland nicht mit England vergleichen, das eine starke Erbschaftsteuer hat und wo Einkommensteuer erst vom Einkommen von 3000 Mark gezahlt wird. Die gegenwärtige Vorlage trägt den Keim zu weiterem in sich. Immer lauter meldet sich auch der Militarismus, für den man eine Nationalpönde angeregt hat. In solchen Fällen nimmt man von Jude, Christ und Heide, von Arbeitern, Handwerkern und Kaufleuten, die nicht gut nein sagen können, wenn der Klingelbeutel herangeht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Bei patriotischen Festen stellen die Herren ihre Vaterlandsliebe, wenn sie aber in die Tasche greifen sollen, veranlassen sie eine „Spende“. (Sehr gut! bei den Soz.) Gegen die Vorlagen werden wir wohl allein stimmen, denn auch die Liberalen warten, wie die liberale Korrespondenz hervorhebt, nur noch auf eine neue Begründung. (Lachen bei den Soz.) Und Gründe sind ja billig wie Brombeeren. Mit was für abender Schärfe hätte ein Eugen Richter diese Vorlagen bekämpft! (Sehr, sehr richtig! bei den Soz.) In einem liberalen Blatt hat ja Oberleutnant v. Martensleben ausgeführt, daß die deutschen Staatsbürger neue Hunderte von Millionen hergeben sollen, nur damit neue glänzende persönliche Geschäfte gemacht werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Aber auf die fortschrittliche Volkspartei wird er wohl nicht übergewand werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Ein großer Teil des Mittelstandes ist ja auch von dem imperialistischen Kanakel ergriffen; aber das Erwachen wird ein schmerzliches sein. Wir Sozialdemokraten verlangen nicht eine Steigerung des Deeres, sondern

vermehrte Fürsorge für die Massen.

vor allem die geistliche Begleitung der Erhöhung der Mannschäftslöhne. Die Regierung hatte versprochen, diese Forderung gleichzeitig mit der Vorlage durchzuführen. Jetzt will sie sie aber auf das nächste Jahr verschieben. Wird dann aber auch derselbe Reichskanzler und derselbe Reichschatzsekretär noch hier

sein? In der „Post“ wird ja bereits Sturm gegen diese „sozialdemokratische“ Forderung gelaufen, weil die Soldaten ihre erhöhten Löhne ja doch nur in Bier umsetzen würden. (Hört, hört! links.)

Ueber die Deckung macht die Regierung sich wenig Sorgen. Sie will die Ueberschüsse nicht zur Schuldenbegleichung verwenden, und meint weiter, sie werden auch in den nächsten Jahren so erheblich sein, wie jetzt. Freilich soll auch sparsam gewirtschaftet werden. (Lachen b. d. Soz.) Das wird nach den Ausführungen des Kriegs- und Marineministers wohl niemand glauben, und daß im Wirtschaftsleben ein periodisches auf und ab herrscht, weiß jeder politische Ueberschütze. Wenn aber wirklich die Ueberschüsse ausreichen, so stammen sie doch aus den Erträgen der Zölle und Steuern, losab auch hier wieder mit der Deckung die Armen belästigt, die Reichen verschont bleiben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Statt dessen sollten die Ueberschüsse zur

Verabschiedung der Salzsteuer, zur Befreiung der Zündholzsteuer

dienen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auch bei dem sogenannten Deckungsact, dem Entwurf eines Gesetzes zur Verringerung des Brennweinsteuersatzes ist es ganz zweifellos, daß durch Erhöhung des Spirituspreises wiederum eine Belastung des Publikums eintreten muß, also auch hier ist es der Konsum, der von neuem belastet werden soll. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Wie Sie aber auch zu der Vorlage stehen, so werden Sie doch anerkennen, daß sie nicht über's Knie gebrochen werden kann. Sie nach dem Wunsch der Regierung bis Pfingsten zu verabschieden, hieße für den Reichstag, sich von seiner Würde etwas vergeben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Reichstag schiebt sich hoffentlich nicht in einer postwendlichen Abhängigkeit vom Reichskanzler; er ist keine „nachgeordnete Behörde“ und hat sich von ihm keine Direktiven geben zu lassen. (Sehr gut! bei den Soz.) Es versteht sich für uns von selbst, daß wir keine Steuern auf Vorrat bewilligen werden, aber dafür muß gejagt werden, daß nach dem Ausfall der jetzt auf dem Papier stehenden Ueberschüsse die Kosten der Militärvorlage nicht wiederum durch neue indirekte Steuern gedeckt werden. Man will einen günstigen Zeitpunkt abwarten, in dem die bewilligungsfreudigen Herren die Möglichkeit haben, mehr als gegenwärtig in diesem Reichstag die Lasten auf die schwachen Schultern abzuwälzen. Wir werden auch nach dieser Richtung auf dem Posten sein und dafür eintreten, daß für die Mannschaften gesorgt wird, daß die Ueberschüsse für Aufhebung der drückendsten indirekten Steuern verwendet werden, und daß endlich die Ehrenschuld an unsere Veteranen abgetragen wird. Wir werden dafür sorgen, daß keine neuen indirekten Steuern zu diesem Zweck eingeführt werden. Im übrigen ist es unsere Aufgabe, überall, wo wir es können, nachvoll zu demonstrieren gegen alle Kriegsbauerei und Kriegstreiberien und einzutreten für den Frieden. Die deutsche Sozialdemokratie ist in diesem Bestreben einzig mit der Sozialdemokratie aller Länder. In allen Ländern wirkt die Sozialdemokratie in gleichem Sinne. So wird endlich an die Stelle einer Politik der Gewalt, der Unterdrückung und Völler verheerung eine Politik der treiblichen, friedlichen Entwicklung aller Nationen treten. (Leb. Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Spahn (Zentrum):

Da die Vorlage durch die Vermehrung der Mannschaften jeden einzelnen Staatsbürger persönlich belastet, muß sie sehr genau geprüft werden. Der Kriegsminister hat das Bedürfnis nicht nachweisen können. Erst wenn er uns in der Kommission von der Notwendigkeit überzeugt haben wird, werden wir gern der Vorlage zustimmen. Für die Lasten tragen nicht wir, sondern die politischen Verhältnisse die Verantwortung. Erst nachdem der Kriegsminister die ärmliche Entwicklung der Finanzen gesehen hat, ist er mit den Mehrforderungen gekommen. (Lachen links.) Wir wünschen die Erhöhung der Mannschäftslöhne schon vom 1. Oktober ab. In den Kasernen muß die Religiosität gepflegt werden. (Beifall rechts und im Zentrum.) Wollen die Sozialdemokraten die Verteidigung des Vaterlandes, dann müssen sie auch die praktischen Konsequenzen ziehen. Der Redner erklärt dann die Flottenforderungen für strategisch gerechtfertigt und führt aus, daß Wermuth mit Kühn völlig übereinstimme, bis auf eine Differenz von 24 Millionen, auf die es nicht ankomme. Wir können ruhig mit einem weiteren großen Steigen der Reichseinnahmen rechnen.

Abg. Herzog (Antifemist): Wir maßen uns eine solche Kritik an der Rede des Kriegsministers, wie sie Abg. Haffe geübt hat, nicht an, denn wir haben Vertrauen zur Heeresverwaltung. Als Deckung empfehlen wir die Wehrsteuer und eine Dividendensteuer. (Bravo! rechts.)

Dienstag 1 Uhr: Weiterberatung.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Arbeiterbewegung.

Die Budauer „Streiktrawalle“.

Als im Herbst vorigen Jahres die Mühlensarbeiter bei der Firma Gildbrandt u. Co. in Magdeburg-Budau die Arbeit eingestellt hatten, griff auf Veranlassung des Unternehmers bald die Polizei ein, verbot das Streikpostenstehen und stiftete eines guten Tages, weil angeblich gegen die Arbeitswilligen Gewalttätigkeiten begangen worden seien, aus dem Streiklotus heraus die jämlichen dort anwesenden Personen, darunter auch den Streikleiter, Genossen Menz, Angehörigen des Brauerei- und Mühlensarbeiterverbandes. Die größte Zahl der Eingerichteten wurde bald wieder entlassen, dagegen mußte Menz vom 2. Dezember vorigen Jahres bis zum 5. Februar dieses Jahres in Untersuchungshaft sitzen und drei weitere Belästigungen wurden aus der Unternehmungshaft überhaupt noch nicht entlassen. Von der Staatsanwaltschaft wurde ein Verlangen wegen Landfriedensbruchs, Nötigung, Bedrohung, Körperverletzung, Falschmeldung und Vergehen wider § 153 der Gewerbeordnung eingeleitet. Das Vorverfahren ergab aber bald, daß eine Anklage wegen Landfriedensbruchs nicht erhoben werden konnte. Wegen der anderen Straftaten erfolgte jedoch Anklage, gegen die sich am Mittwoch und Donnerstag vor der Strafkammer des Landgerichts Magdeburg außer dem Gewerkschaftsangehörigen Menz, der auch wegen Aufstacheln angeklagt war, der Müllergehilfe Sloger, der Kupferstecher Hennig, der Arbeiter Reiling, der Müllergehilfe Jugehr und der Arbeiter Farnbeck zu verantworten hatten. Die Verhandlung ergab, daß die Schilderungen, die seitherzeit die bürgerliche Presse über die Thaten der Angeklagten veröffentlichte, ganz unzuverlässig übertrieben waren. Das Landgericht beurteilte die von den Rechtsanwältinnen Wolfgang Heine-Berlin, Gaumer-Schlag-Magdeburg und Bein-Magdeburg betriebenen Angeklagten wie folgt: Menz zwei Monate Gefängnis, Sloger acht Monate Gefängnis, Hennig drei Tage Gefängnis, Reiling vier Monate und zwei Wochen Gefängnis, Jugehr sechs Monate Gefängnis und Farnbeck zwei Monate Gefängnis. Bei Menz und Reiling wurde die Strafe als durch die Unternehmungshaft verbüßt erachtet; Sloger und Jugehr wurden vier Monate der Unternehmungshaft angerechnet. Von der Anklage zu den diversen Straftaten wurde Menz freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte gegen ihn insgesamt zehn Monate Gefängnis beantragt. Die bis dahin inhaftierten Angeklagten wurden aus der Haft entlassen. Es war ungefähr ein Duzend verschiedener Vorfälle, die zur Verhandlung kamen. In der Begründung des Urteils betonte der Vorsitzende, daß von einer geringen Strafe nicht die Rede sein könne. Eine strenge Bestrafung erfordere schon der Schwere der Arbeitswilligen, die ebenso geschädigt werden müßten, wie das Koalitionsrecht. An der freiwilligen Arbeit dürfe niemand gehindert werden. Das erfordere ebenfalls auch das berechtigste Interesse der Arbeitgeber.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

District 7 (Nicolaitor).

Die Abrechnung der Bezirksführer ist Montag, den 20. April, abends 8 Uhr im Districtslokal. Es werden auch die Abbonnentengelder ausgezahlt. Der Districtsführer.

Breslauer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht über den Viehmarkt am 28. April. Der Viehmarkt betrug 17 Rinder, 1270 Schafe, 28 Schweine. Davon Beobachtungsfrist: 94 Rinder, Ueberstand vom vorigen Markt waren 8 Rinder, 62 Schafe, 25 Schweine.

Es wurden gezahlt für 80 Kilogramm:

	Behenb-Gewicht:	Schlacht-Gewicht:
I. Rinder. A. Ochsen:		
Wollschaf, ausgewählte Köpfe höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gegogen haben (ungeschl.)	46-49	79-84
Wollschaf, ausgewählte Köpfe höchsten Schlachtwerts, im Alter von 4 bis 7 Jahren	41-45	76-83
Wollschaf, ausgewählte Köpfe höchsten Schlachtwerts, im Alter von 8 bis 10 Jahren	37-40	74-80
B. Bullen:		
Wollschaf, ausgewählte höchsten Schlachtwerts	47-50	80-85
Wollschaf, ausgewählte höchsten Schlachtwerts	41-45	72-79
Wollschaf, ausgewählte höchsten Schlachtwerts	36-38	67-70
C. Kalben und Kähe:		
Wollschaf, ausgewählte Köpfe höchsten Schlachtwerts, im Alter von 1 bis 3 Jahren	44-48	76-83
Wollschaf, ausgewählte Köpfe höchsten Schlachtwerts, im Alter von 4 bis 6 Jahren	40-43	74-80
Wollschaf, ausgewählte Köpfe höchsten Schlachtwerts, im Alter von 7 bis 9 Jahren	35-38	70-76
Wollschaf, ausgewählte Köpfe höchsten Schlachtwerts, im Alter von 10 bis 12 Jahren	27-31	57-65
Wollschaf, ausgewählte Köpfe höchsten Schlachtwerts, im Alter von 13 bis 15 Jahren	22-25	55-60
D. Geringe ausgewählte Jungvieh (Bullen):		
II. Rinder:		
Doppelender feinstes Rind		
feinstes Mastkalb		
Mittlere Mast- und beste Saugkalber	57-60	95-100
Geringere Mast- und gute Saugkalber	50-54	86-93
Geringere Saugkalber	42-46	84-92
III. Schafe. A. Stadtschafe:		
Mastlamm und längere Mastlamm	40-43	78-84
ältere Mastlamm, geringere Mastlamm und gut genährte junge Schafe	31-35	64-74
Wollschaf genährte Mastlamm und Schafe (Mastschafe)	21-27	54-64
B. Weidenschafe:		
Mastlamm		
Geringere Mastlamm und Schafe		
IV. Schweine:		
Wollschaf, ausgewählte Köpfe höchsten Schlachtwerts, im Alter von 120 bis 160 Kilogr. (240 bis 300 Pfund) Lebendgewicht	62-65	78-81
Wollschaf, ausgewählte Köpfe höchsten Schlachtwerts, im Alter von 100 bis 120 Kilogr. (200 bis 240 Pfund) Lebendgewicht	61-64	78-82
Wollschaf, ausgewählte Köpfe höchsten Schlachtwerts, im Alter von 80 bis 100 Kilogr. (160 bis 200 Pfund) Lebendgewicht	59-61	78-80
Wollschaf, ausgewählte Köpfe höchsten Schlachtwerts, im Alter von 60 bis 80 Kilogr. (120 bis 160 Pfund) Lebendgewicht	53-57	71-76
Sauen und geschlittene Eber	51-56	66-73
Lebendgewicht	63-65	77-79
Geschäftsgang: Kantar.		
Ausfuhr nach Ostpreußen: 20 Schweine.		
Ueberstand vom letzten Markt: 3 Stüd zu 70 Pfd., 14 zu 68, 20 zu 67, 72 zu 66, 180 zu 65, 15 zu 64, 232 zu 63, 181 zu 62, 77 zu 61, 118 zu 60, 59 zu 59, 91 zu 58, 20 zu 57, 29 zu 56, 9 zu 55, 14 zu 54, 8 zu 53, 7 zu 52, 4 zu 51, 10 zu 50, 1 zu 47 Pfd.		

Die städtische Volksbibliothek 8 und die Peteshalle 5

Friedrich-Wilhelmstraße 101

werden Mittwoch, den 24. April, nachmittags 8 Uhr, eröffnet werden.

Die Volksbibliothek ist an den Wochentagen von 5 bis 9 Uhr, an den Sonntagen von 11 bis 1 Uhr geöffnet. Die Peteshalle ist an den Wochentagen von 10 bis 10 Uhr, an den Sonntagen von 11 bis 1 und 5 bis 10 Uhr geöffnet, Breslau, den 23. April 1912.

Das Kuratorium.

XVII 686/12. 5540

Original-Phönix-Nähmaschinen

für Gewerbe und Hausbedarf sind die besten der Gegenwart, zum Kunststicken besonders geeignet. Außerdem empfehlen wir alle anderen Systeme, auch in 14508 Spezialmaschinen.



Kaufplatzmarkt in der Wälsche u. Tug.

Jul. Dressler & Co.

Answardt franko
Bahnhofstr. Breslau, Ring 6.
Größte Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.

Hier hat Nachbar steht der Mann, Der besichtigt laden kann. Denn er weiß es schon seit Jahren. Wie man sehr viel Geld kann sparen. Hier keinen Wollschaf an: Für das Gute bricht sich Bahn!!!

Gut und dauerhaft sind die echt Revolvingblauen Arbeiter-Kleider. Angenehm mit nebenstehender Schuhwerk.

Zu haben bei: 395

Wilhelm Langer, Grabschenerstr. 18 und Adolf Hohmuts Nachf., Friedrich-Wilhelmstr. 95. =
Leder der Wollschaf erhalten 4% Rabatt.

Rohtabak-handlung Carl Rother & Rode

Breslau I, Dammerei Nr. 26.
Spezialität: R. alte Gewürze.

Billige Hosentage

veranstalte ich, um mein enormes Lager darin zu räumen und offeriere:

Herren-Stoff-Hosen, Serie I 2⁵⁰ Mk. Serie II 3⁵⁰ Mk.
" " " III 4⁵⁰ " IV 5⁵⁰ "

Spezialhaus für Herren- und Knaben-Garderobe

Hermann Friedländer (Sign. Kaufmann)

Inhaber:
Albrechtsstr. 11 Eingang auch Magdalenaplatz.